

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Über Interparlamentarische Delegationen des
Europäischen Parlamentes
Anspruch und Wirklichkeit

Verfasser

Gerhard Fellner

angestrebter akademischer Grad:

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Doz. Dr. Hannes Wimmer

1	Einleitung	6
2	Methoden	10
2.1	Experteninterview	10
2.2	Inhaltsanalyse.....	11
3	Parlamentarismustheorien	14
3.1	Entstehung von Parlamentarismustheorien.....	14
3.2	Parlamente: Definitionen und Aufgaben	17
3.3	Definitionen.....	17
3.4	Aufgaben	20
3.4.1	Wahl und Abwahlfunktion	21
3.4.2	Gesetzgebungsfunktionen	23
3.4.3	Kontrollfunktion	25
3.4.4	Kommunikationsfunktion.....	28
3.5	Parlamentarismus.....	31
3.5.1	Transnationaler Parlamentarismus	35
3.5.2	Parlamentarismuskritik.....	36
3.5.3	Außenpolitik im Parlament.....	40
3.6	Fazit.....	42
4	Überblick über die Organe der Europäischen Union.....	44
4.1	Rat der Europäischen Union.....	44
4.2	Europäischer Rat	45
4.3	Europäische Kommission	46
4.4	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften und Gericht erster Instanz46	
4.5	Rechnungshof.....	48
4.6	Ausschuss der Regionen.....	48
4.7	Wirtschafts-- und Sozialausschuss	49
4.8	Europäisches Parlament.....	49
4.9	Formen der Mitwirkung	54
4.10	Europäisches Parlament und GASP/GSVP	57
4.11	Innere Organisation des Parlamentes	58
4.11.1	Der Präsident.....	59

4.11.2	Die Konferenz der Präsidenten.....	60
4.11.3	Präsidium.....	61
4.11.4	Quästoren.....	62
4.11.5	Parlamentarische Ausschüsse.....	63
5	Die interparlamentarischen Delegationen	66
5.1	Typen von Interparlamentarischen Delegationen	67
5.1.1	Delegationen zu Parlamentarischen Kooperationsausschüssen... 67	
5.1.2	Delegationen zu Gemischten Parlamentarischen Ausschüssen ... 70	
5.1.3	Delegationen zur Stärkung bilateraler Beziehungen..... 72	
5.1.4	Delegationen zu anderen interparlamentarischen Delegationen ... 72	
5.1.5	Delegationen zu Parlamentarischen Delegationen..... 73	
5.2	Fazit.....	75
6	Die Delegation EU-Kasachstan, EU-Kirgisistan und EU-Usbekistan Parlamentarisches Kooperationskomitee, und für die Beziehungen zu Tadschikistan, Turkmenistan und der Mongolei (DCAS).....	76
6.1	Protokolle zu den Delegationstreffen.....	77
6.1.1	Delegation zu EU-Kasachstan (PKA)	77
6.1.2	Delegation zu EU-Kirgistan (PKA).....	78
6.1.3	Delegation zu EU-Usbekistan (PKA)	79
6.1.4	Delegation für Beziehungen zu Tadschikistan.....	80
6.1.5	Delegation für Beziehungen zu Turkmenistan	80
6.1.6	Delegation für Beziehungen zu Mongolei	81
6.1.7	Fazit	81
6.2	Medienberichte in den Ländern der DCAS	83
6.2.1	Kasachstan	84
6.2.2	Kirgistan.....	85
6.2.3	Usbekistan	87
6.2.4	Tadschikistan.....	89
6.2.5	Turkmenistan	90
6.2.6	Mongolei	90

6.2.7	Fazit	91
7	Interview mit MEP Swoboda	92
7.1	Analyse des Interviews	98
8	Conclusio	100
9	Literaturverzeichnis	104
10	Abstract.....	111
11	Lebenslauf.....	112

1 Einleitung

Die interparlamentarischen Delegationen werden in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft kaum registriert und beobachtet. Eine unrühmliche Ausnahme dazu bildet ein Artikel im Spiegel von 2008, welcher den Besuch einer Delegation des Deutschen Bundestages in den USA und Kanada beschreibt.¹ Dieser Artikel bildete die Grundlage zur Beschäftigung mit diesem Thema, und führte schließlich zur Überlegung, ob, und wenn ja in welcher Verwendung, diese Delegationen im europäischen Parlament stehen.

Außenpolitisch hat das Europäische Parlament kaum Mitspracherechte. Da es diesen Zustand als nicht erstrebenswert erachtet und es im Laufe seiner Entwicklung immer mehr an Befugnissen dazugewonnen hat, ist es aus seiner Sicht logisch, auch auf dem Gebiet der Außenpolitik mehr Befugnisse zu erlangen. Da dies im Rahmen der Verträge der Europäischen Union nicht möglich ist, verwendet es die parlamentarischen Delegationen um auch auf diesem Gebiet Flagge zu zeigen.

Des Weiteren ist das Europäische Parlament bemüht, Demokratie und Menschenrechte weiter zu entwickeln. Eine Möglichkeit diese zu erreichen ist der Sacharow Preis², eine andere ist die mehr oder weniger direkt Intervention in Ländern, in welchen diese Werte dem Europäischen Parlament nach nicht in dem Maße entwickelt sind wie dies wünschenswert wäre.

Drittens ist eine parlamentarische Delegation dazu geeignet, wirtschaftliche Verbindungen zwischen der Europäischen Union und den Vertragsstaaten zu etablieren bzw. zu verbessern. Folglich lauten die Hypothesen, welche in dieser Arbeit überprüft werden sollen wie folgt:

¹ <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,572742,00.html>

² <http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?language=DE&id=42>

- Parlamentarische Delegationen sind *außenpolitische Akteure* da sonst das Parlament kaum in der Außenpolitik vertreten ist
- Parlamentarische Delegationen sind *Botschafter für Demokratie und Menschenrechte*
- Parlamentarische Delegationen sind *Vorbereiter von Wirtschaftsverträgen*

Überprüft werden sollen diese Hypothesen durch die Verwendung der Parlamentarismustheorie und deren Anwendung auf das europäische Parlament, durch eine Analyse der veröffentlichten Dokumente einer Delegation, und schließlich durch eine Medienanalyse, welche Artikel zu einer Delegation unter die Lupe nimmt um die Reaktionen auf die Besuche der Delegationen fest zu halten und zu analysieren.

Die gewählte Delegation, die DCAS Delegation zu EU-Kasachstan, EU-Kirgisistan und EU-Usbekistan als Parlamentarisches Kooperationskomitee, und für die Beziehungen zu Tadschikistan, Turkmenistan und der Mongolei, ist ein Spezialfall und als solcher bewusst gewählt. In dieser Form der Zusammenarbeit könne alle drei Hypothesen überprüft werden: ist das Europäische Parlament ein eigenständiger außenpolitischer Akteur? Bewirbt es Demokratie und Menschenrechte? Wirkt es als Vorbereiter von Wirtschaftsverträgen?

Diese Arbeit wird auf einer hermeneutischen Grundlage ablaufen. Auf Grund der seltenen Behandlung von Außenpolitik des Europäischen Parlamentes (erst im Jahr 2010 erschien ein Sammelband, in welchem die Außenpolitik des Europäischen Parlamentes angerissen wird: Dialer, Doris/ Lichtenberger, Eva/Neisser, Heinrich (Hrsg.) Das Europäische Parlament. Institution, Vision und Wirklichkeit. Innsbruck 2010, sowie noch kürzer in Nickel, Dietmar: Die Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit Parlamenten außerhalb der Europäischen Union – Rolle und Funktion der interparlamentarischen Delegationen. S. 431 – 439. In:

Busek, Erhard/Hummer Waldemar (Hrsg.): Etappen auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung. Teil I: Struktur eines künftigen Europa. Teil II: Die parlamentarische Komponente im zukünftigen Europa. Verlag. Wien, Köln, Weimar 2004

) und der Tatsache, dass Dokumente der Europäischen Union vollständig online abzurufen sind, wird meist auf Internetquellen zurückgegriffen. Für das Kapitel Theorie und Europäisches Parlament wurde zum Großteil vorhandene Sekundärliteratur verwendet, durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon waren aber einige Angaben in den Werken nicht mehr auf dem neusten Stand, sodass auf die Homepage des Europäischen Parlamentes zurückgegriffen werden musste.

2 Methoden

2.1 Experteninterview

Experteninterviews sind eine Unterart der qualitativen Interviews. Hopf schreibt dazu:

„Qualitative Interviews können unter anderem geführt werden: als Experteninterview, in denen die Befragten als Spezialisten für bestimmte Konstellationen befragt werden... oder als Interviews, in denen es um die Erfassung von Deutungen, Sichtweisen und Einstellungen der Befragten selbst geht“

Quelle: Hopf 1993, *Qualitative Sozialforschung*, S.15

Dabei ist die soziale Situation oder Prozess welcher rekonstruiert werden soll im Mittelpunkt. Der Experte dient also dazu, einen Prozess welcher in der Vergangenheit stattfand zu erläutern und dem Interviewenden verständlich zu machen³. Die Fragestellung in diesen Interviews sollte offen sein und zum Erzählen ermutigen, sodass, ähnlich wie beim Leitfadeninterview, der Interviewer nicht stur an seinen vorbereiteten Fragen festhält sondern einigermaßen flexibel auf etwaige Informationen und Punkte reagieren kann und dementsprechend dort nachhakt.⁴

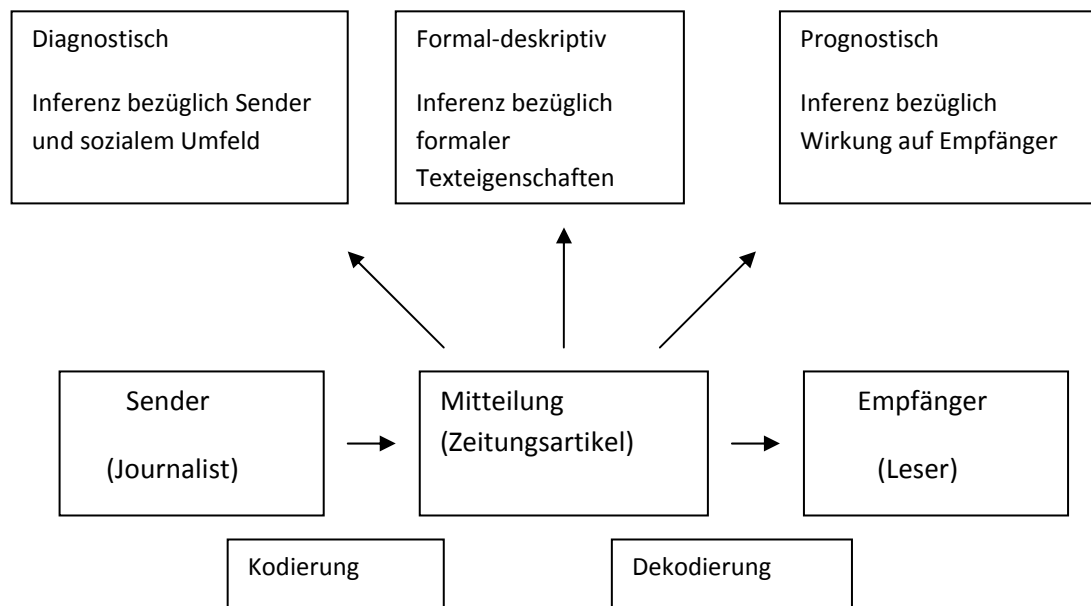
Die Auswertung kann nach verschiedenen Mustern erfolgen. In dieser Arbeit wird das Interview als Folie verwendet, mit deren Hilfe die in der Literatur angegebenen (theoretischen) Informationen mit der Praxis verglichen wurden.

³ Gläser Jochen/ Laudel Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden 2009, 12

⁴ Gräser/Laudel 2009, Experteninterview, 93

2.2 Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse ist nicht nur die Erhebung von Daten, es auch und vor allem die Analyse des Inhalts⁵. Dieser Inhalt muss nicht zwingend der eines Textes sein, er kann genauso die Analyse des Inhalts eines Bildes oder eines Filmes sein. Auch formale Kriterien wie die Länge von Sätzen oder die Verwendung von Verben können zur Inhaltsanalyse verwendet werden.⁶



Quelle: Diekmann 1995, *Empirische Sozialforschung*, S. 484

Um die Analyse korrekt durchführen zu können, sollte man sich den Kommunikationsprozess vor Augen halten, welcher von Diekmann

⁵Diekmann, Andreas: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen.* Rohwolt 1995, 481

⁶ Diekmann *Sozialforschung* , 481

schematisch wie oben dargestellt wird. Zu Beginn des Kommunikationsprozesses steht der Sender, welcher die Information kodiert, das heißt er setzt die Mitteilung in Zeichen, wobei die Zeichen sowohl Buchstaben als auch Bilder, bewegt oder nicht, sein können. Vorausgesetzt der Empfänger versteht die Bedeutung der Zeichen kann er die Botschaft entschlüsseln. Hier können Probleme entstehen, da Worte je nach Kontext andere Bedeutungen haben können, „Bulle“ z.B. in einer landwirtschaftlichen Zeitschrift etwas anderes als in einem Bericht über jugendliche Straftäter. Dieses Problem werden im Rahmen der Semiotik genauer beschrieben, so wird zwischen Syntaktik, der formalen Regelung der Zeichen, der Semantik, der Bedeutung von Zeichen, d.h. der Zuordnung der Zeichen zu Objekten und der Pragmatik, der die Herkunft und die Art der Verwendung analysiert, unterschieden.⁷ Demzufolge wird in dieser Arbeit die Semantik das Werkzeug sein, mit deren Hilfe die Texte analysiert werden.

Die Inhaltsanalyse wird jedoch nicht exakt den vorgegebenen Weg gehen. Stattdessen werden bei den verwendeten Texten, welche einerseits die Protokolle der Treffen der interparlamentarischen Delegationen sein werden, andererseits im Rahmen einer kleinen Medienbeobachtung auch Artikel von im Internet verfügbaren englischsprachigen Artikeln der jeweiligen Medien, d. h. Zeitungen und Presseagenturen bzw. staatlichen Nachrichtenagenturen sein. Die Kodierung erfolgt bei den Artikeln von den Journalisten, während sie bei den Protokollen von den Parlamentariern erfolgt ist. Inwieweit die Niederschrift sowie die Übersetzungen den Inhalt verändern lässt sich im Rahmen dieser Arbeit nicht feststellen. Grundsätzlich ist aber davon auszugehen, dass die Redner die Wiedergabe als originalgetreu erachtet haben, da die Protokolle eines Treffens immer erst bei nächsten Treffen abgesegnet werden.

⁷ Diekmann Sozialforschung, 485

Die Bestimmung der Analyseeinheiten erfolgte nach einer erstmaligen Durchsicht der Protokolle sowie der Artikel. Die Auswahl erfolgte durch die Häufigkeit mit der sie in den Texten zu finden waren, wodurch die Annahme das die Bedeutung, d.h. Wichtigkeit eines Begriffs (in diese Fall ein Thema, welches die Abgeordneten ansprachen) durch eine gehäufte Benutzung zu erkennen war. Dadurch wurden die Schwerpunkte der jeweiligen Gespräche erkannt und in der Zusammenfassung der Gesprächsthemen aufgeführt. Die Analyseeinheiten waren „Demokratie“, „Menschenrechte“, und „Wirtschaft“. Die Onlinepräsenzen der Zeitungen wurden durch Recherche auf presse.com und worldnewspapers.com gefunden. Diese Seiten bieten einen sehr guten Überblick über Onlineauftritte von Zeitungen auf der ganzen Welt. Auf den englischsprachigen Seiten der Tageszeitungen selbst wurde nach den Schlagwörtern „European Parliament Delegation“ durchsucht.

Die Artikel selbst wurden zusammengefasst und mit den in der Beschreibung der Interparlamentarischen Delegationen angegebenen Schwerpunkten abgeglichen.

3 Parlamentarismustheorien

3.1 Entstehung von Parlamentarismustheorien

Die Grundlagen der Parlamentarismustheorie liegen einerseits in der Demokratietheorie, andererseits in der Repräsentationstheorie. So war bei den Vertretern der Gewaltenteilung ein Parlament vorgesehen, welches sich am englischen System orientierte.⁸ Die Repräsentationstheorie wurde durch den Wandel der Herrschaftsvorstellungen weg von einer göttlich legitimierten Herrschaft hin zu einer „Frage des Allgemeinwohls“ schon von Thomas von Aquin zumindest in Ansätzen in Richtung Demokratie verändert.⁹ Hier ist dann auch die Schnittstelle zu finden, an welchen die beiden Theoriestränge sich zur Parlamentarismustheorie vereinigen.

Gleichzeitig aber wird aber von Rousseau die Abgabe der Volkssouveränität als Irrweg bezeichnet und er dadurch zum Verfechter der direkten Demokratie, welcher der Repräsentationstheorie und damit auch der Parlamentarismustheorie diametral gegenüber steht.¹⁰ Ihm gegenüber stehen John Locke, Montesquieu sowie die hauptverantwortlichen der Verfassung der USA Jay, Hamilton und Mason, welche argumentieren dass in einem Flächenstaat Repräsentation notwendig sei.¹¹

Vier Hauptpunkte werden angeführt, welche eine Repräsentationsvertretung charakterisieren sollen:¹²

⁸ Marschall Parlamentarismus, 33

⁹ Marschall Parlamentarismus, 34

¹⁰ Vgl. Rousseau, Jean-Jacques: Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechts. In verbesserter Übersetzung von H. Denhart. Hrsg. Von Heinrich Weinstock. Reclam Stuttgart 1971

¹¹ Marschall Parlamentarismus, 34

¹² Aufstellung nach Marschall Parlamentarismus, 34f

1. Pluralistische Vertretung: Parlamentarismus bedeutet, dass nicht eine Person die Interessen der Gesellschaft vertreten kann. Dies deswegen, da eine Gesellschaft nicht homogen ist und also unterschiedliche Bedürfnisse entwickelt. Diese Heterogenität kann nicht von einem gewährleistet werden, es Bedarf mehrerer Vertreter. Gleichzeitig garantiert diese Vertretung durch eine Anzahl von Menschen einen Binnenpluralismus, das heißt auch Minderheiten in der Versammlung vertreten sein können. Dies führt zum nächsten Punkt, den
2. Wahlen. Um Repräsentation sicherzustellen zu können, müssen Wahlen stattfinden. Diese Wahlen können aus zwei Perspektiven betrachtet werden: der empirischen und der normativen. Normative Betrachtung fokussiert(e) sich auf die Frage wann Wahlen durch demokratische Prinzipien legitimiert sind und berührt dabei demokratiethoretische Vorstellungen, wie etwa jener nach dem Gleichheitsprinzip.
3. Diskussion und Diskurs: Hier wird nach einer rationalen Entscheidungsfindung verlangt, welche durch Argumente und Überzeugungsarbeit entstehen soll.
4. Freies Mandat: Die Mandatsträger sollen ungebunden agieren und nur dem eigenen Gewissen verantwortlich sein. Diskussionen darüber waren vor allem vor und während der französischen Diskussion im Gange.

Darauf aufbauend haben Generationen von Theoretikern sich Gedanken über die Gestaltung und Entwicklung von Parlamenten gemacht. Zwei Zugänge zu diesem Feld waren dabei dominant: die normative Herangehensweise und der Fokus auf die Analyse des Ist-Zustandes.¹³

¹³ Marschall Parlamentarismus, 36

Normative Ansätze untersuchen den Parlamentarismus mit Hilfe von wertbezogenen Kriterien. Die Fragen werden dementsprechend formuliert: Welchen Beitrag leistet Parlamentarismus oder ein konkretes Parlament für die demokratische Verfassung eines Systems? Ist das Parlament oder die Systemform überhaupt in der Lage, gute Problemlösungen zu produzieren?¹⁴ Die Schlüsse welche aus der Beantwortung der Fragen gezogen werden sind dann oftmals die Grundlage für Parlamentarismuskritik.

Deskriptive Ansätze beschreiben „Funktionen und Funktionserfüllung, Strukturen und Arbeitsweisen, Zusammensetzung und Kompetenzen von Volksvertretungen“¹⁵ heraus. Dies geschieht ohne dass die Strukturen und Ergebnisse der parlamentarischen Vertretungen bewertet werden. Im Vordergrund steht die Beschreibung und die Begrifflichkeit des untersuchten Parlamentes, die Typologisierung der Ausformungen und zu guter Letzt auch die Systematisierung.

Die Methoden sind bei beiden Ansätzen die gleichen: empirisch werden verschiedene Parlamente verglichen bzw. ein Einzelfall genauer betrachtet. Einzelfallstudien waren über Jahrzehnte die prädominante Art der Forschung (man denke an Mill, Bagehot etc.), seit dem Fall des Eisernen Vorhangs jedoch stellen vergleichende Parlamentarismusstudien mehr und mehr den bevorzugten Arbeitsstil dar.¹⁶ Dies ist der Transformation der Länder geschuldet, welche seit den 1990ern ihre demokratischen Abläufe neu ordneten und dadurch ein breites und dynamisches Feld boten, welches gerne bearbeitet wurde (und wird). Ein anderer Grund liegt in der Natur der vergleichenden Forschung: „Ein vergleichendes Design erlaubt, konkrete Fragen nach Beziehungen zwischen einzelnen Bedingungen („Variablen“) stellen und diese durch eine gezielte Variation auch (vorläufig) beantworten zu können.“¹⁷

¹⁴ Marschall Parlamentarismus, 37

¹⁵ Marschall Parlamentarismus, 37

¹⁶ Marschall Parlamentarismus, 37

¹⁷ Marschall Parlamentarismus, 37

Die Disziplin der Parlamentarismusforschung ist von Einflüssen von außerhalb immer wieder beeinflusst worden. So waren die Anfänge von staatsrechtlichen Standpunkten aus beleuchtet worden, in den Siebzigern und Achtzigern des letzten Jahrhunderts waren die Diskurse vor ideologischen Hintergründen geführt worden. In der Gegenwart halten Neoinstitutionalismus und Ansätze der politischen Ökonomie Einzug in die Forschung.¹⁸

3.2 Parlamente: Definitionen und Aufgaben

3.3 Definitionen

Patzelt bildet zur Begriffsdefinition von „Parlament“ zwei Gruppen: eine Gruppe von Parlamenten im *weiteren* Sinne eine Gruppe von Parlamenten im *engeren* Sinne.

Parlamente im weiteren Sinne sind „jede zu Beratungen zusammentreffende politische Vertretungskörperschaft“¹⁹, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

- 1) sie sind zwischen der Exekutive und den Regierenden angesiedelt
- 2) sie „übermitteln einen beträchtlichen Teil gesellschaftlichen Inputs in das politische System“²⁰

Der Name, welcher diesem Körper dabei verliehen werde sei nebensächlich, ebenso wie dieser konstituiert werde, welche

¹⁸ Marschall Parlamentarismus, 38

¹⁹ Patzelt, Werner: Vergleichende Parlamentarismusforschung als Schlüssel zum Systemvergleich. Vorschläge zu einer Theorie- und Forschungsdebatte, in: Steffani, Winfried / Thaysen, Hrsg.: Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente, = Zeitschrift für Parlamentsfragen, Sonderband zum 25jährigen Bestehen, Opladen 1995, S. 355-385, 365

²⁰ Patzelt Vergleichende Parlamentarismusforschung, 365

Kompetenzen er habe oder wie die Arbeit gestaltet werde; nur die „Vertretungs- und Vermittlungsidee“ zähle.²¹

Diese Vertretungskörperschaften werden noch weiter aufgespalten in Vertretungskörperschaften und Repräsentationsorgane; Repräsentationsorgane kennzeichne die Bewältigungsfähigkeit von Vertretungskonflikten, das unabhängige Agieren von Repräsentanten und zu Repräsentierenden sowie die Wahrnehmung der Interessen der Delegierten durch die Repräsentanten.²²

Parlamente im engeren Sinne sind demokratisch zustande gekommen, das heißt die Zusammensetzung sie durch regelmäßige und freie Wahlen zustande gekommen, unabhängig davon, welche Aufgaben das Parlament zu erfüllen hat. „Historisch gesehen stelle dieser Typus einen Sonderfall dar: während es in Vertretungskörperschaften (Parlamente im weiteren Sinne) schon in der Antike gegeben habe, seine Parlamente im engeren Sinne ein Phänomen der Neuzeit.“²³

Marschall gesteht dieser Definition große analytische Hilfe zu, da nicht jede Vertretungskörperschaft sofort aus dem Kreis der Parlamente falle sondern können „in ihren parlamentarischen Potenzialen vermessen werden.“²⁴ Nichtsdestotrotz schlägt er eine eigene Begriffsdefinition vor:

„Parlamente“ sind aus regelmäßig stattfindenden Wahlen hervorgehende Vertretungskörperschaften mit der Aufgabe der Volksvertretung. Sie bestehen aus einer Vielzahl von individuellen gleichberechtigten Repräsentanten, die über ein freies Mandat verfügen.“

Marschall 2005, Parlamentarismus, S. 58

Die Wahl der Repräsentanten ist der Schlüssel in dieser Definition, da er die Verbindung zwischen Wählern und Gewählten schafft. Diese

²¹ Marschall Parlamentarismus, 57

²² Marschall Parlamentarismus, 57

²³ Marschall Parlamentarismus, 57

²⁴ Marschall Parlamentarismus, 58

Verbindung ist zweigeteilt: Responsivität, d.h. „die Fähigkeit und Bereitschaft des Repräsentanten, die Interessen des Vertretenen wahrzunehmen und in den politischen Prozess einzubringen“²⁵ und Verantwortlichkeit, d.h. „dass die Repräsentanten denjenigen, die sie gewählt haben, Rechenschaft schuldig sind. Ihnen droht, wenn sie ihre Aufträge in der Wahrnehmung ihrer „Prinzipale“ nicht hinreichend erfüllt haben, der Entzug des Vertrauens und damit gegebenenfalls die Abwahl oder keine Wiederwahl“²⁶

Auch die Anzahl der Mitglieder in einem Parlament ist von Bedeutung. Wie in der Definition angegeben ist ein Parlament zusammengesetzt aus einer „Vielzahl von ... Repräsentanten“. Taagepera hat zur optimalen Anzahl von Abgeordneten in einem Parlament im Verhältnis zur Bevölkerung geforscht und dabei herausgefunden, dass ungefähr die Kubikwurzel aus der Bevölkerung die optimale Größe für ein Parlament darstellt. Für das Europäische Parlament würde dies eine Größe von 784 Sitzen bedeuten. Die tatsächliche Anzahl von 736 kommt diesem Wert sehr nahe.²⁷

Des Weiteren sind mit dieser Definition die Repräsentanten frei in ihrem Mandat, das heißt sie können nach ihrem Wissen und Gewissen entscheiden. Dass die in realiter (meistens) nicht der Fall ist, ist bekannt.²⁸ Auch gibt es unter den Parlamentariern keine Hierarchien, alle sind gleichberechtigt.

Die bisher genannten Definitionen treffen auch auf das Parlament der DDR zu, der Volkskammer. Dass die Volkskammer nicht demokratisch zustande gekommen ist liegt an den fehlenden *Wahlmöglichkeiten*. Das heißt, dass die Bevölkerung nicht in der Lage war, die ihnen nicht mehr zu

²⁵ Marschall Parlamentarismus, 58

²⁶ Marschall Parlamentarismus, 59

²⁷ Taagepera, Rein/Reccia, Steven: The size of second chambers and European assemblies, in: European Journal of Political Research Volume 41, Issue 2, S.165–185, 2002

, Taagepera, Rein: The size of national assemblies.in: Social Science Research, 1(4), S. 385-401. 1972

²⁸ Marschall Parlamentarismus, 103ff

Gesicht stehenden Parlamentarier abzuwählen. Marschall entwirft also eine verfeinerte Definition von Parlament, dem

Demokratischen Parlament:

„Demokratische Parlamente sind Vertretungskörperschaften mit der Aufgabe der Volksvertretung. Sie entstehen aus freien, allgemeinen, gleichen, geheimen und regelmäßigen Wahlen. Sie setzen sich aus einer Vielzahl an individuellen Repräsentanten zusammen, die über ein freies Mandat verfügen.“

Marschall 2005, Parlamentarismus, S.60

Diese Definition ist sehr eng, und schließt einige Parlamente aus, so auch das Europäische Parlament, da eine Voraussetzung der Definition nicht gegeben ist: die Wahlen sind nicht gleich. Eine deutsche Stimme hat nicht das gleiche Gewicht wie eine maltesische. Inwieweit die Definition zu streng ist oder die Stimmenungleichheit im Hinblick auf einen anderen, übergeordneten Aspekt hingenommen wird ist jeweils die Entscheidung des Körpers, welche die politischen Rahmenbedingungen setzt.

3.4 Aufgaben

Die Aufgaben bzw. die Anforderungen, welche ein Parlament zu erfüllen hat, sind in vier Teilbereiche einzuteilen:

- die Wahl- und Abwahlfunktion;
- die Gesetzgebungsfunktion;
- die Kontrollfunktion und

- die Kommunikationsfunktion.

Diese Funktionen wiederum können in eine zur Analyse in eine Funktionslogik, eine Funktionserfüllung und schließlich auch in Sektion zu Funktionsproblemen zerlegt werden, wie Marschall dies in seinem Werk „Parlamentarismus“ praktiziert. Diese Struktur wird in diesem Abschnitt übernommen.

3.4.1 Wahl und Abwahlfunktion

Funktionslogik

Parlamente entstehen durch Wahlen (zu welchem Grad diese demokratischen Spielregeln unterworfen sind ist hier nicht von Belang) und sind dadurch ein Glied in einer „Legitimationskette“²⁹. Diese Legitimationskette kann verschiedenartig aufgebaut sein: sie kann durch die Wahl einer Regierung fortgesetzt werden ohne diese wieder absetzen zu können; durch die Möglichkeit der Abwahl einer Regierung ohne diese vorher gewählt zu haben; und schließlich die Möglichkeit der Wahl und der Abwahl der Regierung.

Die Wahlfunktion wird aber noch weiter differenziert durch die innere und äußere Funktion der Wahlfunktion: nach „innen“ bedeutet die Bestellung eines Vorsitzenden des Parlamentes sowie die Beschickung von Ausschüssen etc.; nach „außen“ ist es die Wahl (und Abwahl) der Regierung, die Ernennung von Richtern an obersten Gerichtshöfen etc.³⁰

Funktionserfüllung

Wahlfunktion

Die internen Bestellungen werden aufgrund einer vom Parlament selbst erstellten Ordnung vergeben, und sind aufgrund informeller Absprachen

²⁹ Marschall Parlamentarismus, 146

³⁰ Marschall Parlamentarismus, 148

meist ohne große Debatten über die Bühne zu bringen. Die externen Bestellungen, also die Bestellungen von Regierung und Richtern z. B., sind geprägt durch das Finden einer Mehrheit im Parlament. Auch wenn in vielen Ländern eine Vertrauensabstimmung nach der Bestellung eines Regierungspräsidenten nicht vonnöten ist bzw. der Regierungschef nicht vom Parlament sondern vom Präsidenten, Parlamentspräsidenten oder dem Monarchen ernannt wird, ist eine unterstützende Mehrheit im Parlament von Nöten um das Regieren zu ermöglichen. In manchen Systemen hat das Parlament auch bei der Ernennung des Staatsoberhauptes ein Mitspracherecht, so etwa in Deutschland oder Israel.

In präsidentiellen Systemen hat das Parlament keine Wahl sondern eine Zustimmungsfunktion (USA).³¹

Abwahlfunktion

Die Abwahlfunktion hat ihren Schwerpunkt der Außenwirkung des Parlamentes, d.h. bei der Vertrauensfrage, dem Misstrauensabstimmung und der Selbstauflösung des Parlamentes. Die Initiative zu den drei genannten Verfahren geht, außer bei der Vertrauensfrage, welche vom Regierungschef gestellt wird, vom Parlament aus. Bei der Selbstauflösung werden Neuwahlen angesetzt, die beiden anderen Verfahren sind für das Parlament ohne unmittelbare Konsequenzen.

In präsidentiellen Systemen ist die Abwahlmöglichkeit des Parlamentes eingeschränkt, die Absetzung der Regierung bzw. des Präsidenten ist nur in den USA via Impeachmentverfahren möglich, in anderen präsidentiellen Systemen obliegt die Abberufung des Präsidenten dem Obersten Gerichtshof.³²

Funktionsprobleme

³¹ Marschall Parlamentarismus, 149ff

³² Marschall Parlamentarismus, 150ff

Funktionsdefizite bei Wahl und Abwahlvorgängen beziehen sich auf die Freiheit bzw. den Freiheitsgrad der Abgeordneten. Diese Freiheitsgrade werden durch mehrere Faktoren bestimmt, dazu zählen Einschränkungen qua Verfassung, qua Parteien bzw. Parteivorgaben (betrifft in weiterer Folge auch das freie Mandat) und qua Abstimmungsmodus (bei geheimen Abstimmungen kann das Wahlverhalten nicht nachvollzogen werden). Einzelne Aspekte dieser Einschränkungen sind beinahe ubiquitär, werden jedoch in Kauf genommen um instabile Verhältnisse wie in der Vergangenheit (Weimarer Republik) zu vermeiden.³³

3.4.2 Gesetzgebungsfunktionen

Funktionslogik

Die Gesetzgebungskompetenz war bei Parlamenten ursprünglich auf das Budgetrecht beschränkt, erkämpfte sich im Laufe der Zeit über dieses Recht aber mehr und mehr Befugnisse. Die Gesetzgebung selbst umfasst 3, nach Zeitabläufen einordenbare, Kompetenzen, nämlich das Initiativrecht, das heißt das Recht Gesetzesvorlagen einzubringen; das Überarbeitungsrecht, also die Kompetenz Änderungsvorschläge bei Gesetzestexten einzubringen; und drittens das Verabschiedungs- und Vetorecht, welches den Gesetzestext schließlich verabschiedet oder ablehnt.³⁴

Funktionserfüllung

Hier werden mehrere Phasen unterschieden: in die

- Phase der Gesetzesinitiative, in welcher Mitglieder des Parlaments Gesetzesvorschläge einbringen können, dieses Recht jedoch auch anderen Institutionen zusteht (etwa dem Präsident in präsidentiellen Systemen, Volksinitiativen oder Regierungen)

³³ Marschall Parlamentarismus, 153ff

³⁴ Marschall Parlamentarismus, 156ff

- Phase der Gesetzesberatung: Der eingebrachte Text wird in einem festgelegten Verfahren (Lesungen, Verhandlungen, Beratungen) behandelt. Hier ist in modernen Parlamenten nicht das Plenum am Zug, sondern Ausschüsse, in welchen die auf die Materie spezialisierte Parlamentarier über die Materie beraten. Veränderungen werden dabei in einem Pingpong zwischen Plenum und Ausschuss eingebaut.
- Phase der Gesetzesverabschiedung: Nach Abschluss der Phase der Beratung wird hier die Gesetzesvorlage im Plenum zur Abstimmung vorgeschlagen. Die dafür notwendigen Mehrheiten sind in den Parlamentsrechten festgelegt. In Kraft tritt ein Gesetz dann meist mit der Unterschrift des Präsidenten. Vetorechte des Präsidenten sind unterschiedlich ausgeprägt. Während in Österreich durch die Unterschrift des Präsidenten nur das verfassungsgemäße Zustandekommen des Gesetzes bezeugt wird und inhaltlich kaum Kritik geübt wird, ist in präsidentiellen Systemen ein Veto des Präsidenten weit häufiger (vgl. USA).

Bei Zwei-Kammern Parlamenten ist es von der Materie abhängig, ob beide Kammern zuständig sind oder nicht. Im Falle eines Vetos einer der beiden Kammern kommt es zu unterschiedliche Arten, diesen Konflikt zu lösen: entweder durch einen Vermittlungsausschuss, durch das Navette- Verfahren(die Gesetzesvorlage wird zwischen den beiden Kammern mit Adaptionen hin und her geschickt bis es zu einer Einigung kommt) und als dritte Möglichkeit eine gemeinsame Sitzung beider Kammern, in welcher dann die Mitglieder beider Kammern über das Gesetz in einer Abstimmung entscheiden.³⁵

Funktionsprobleme

³⁵ Marschall Parlamentarismus, 158ff

Funktionsprobleme im Bereich der Gesetzgebung können in zwei große Felder eingeteilt werden: in innenpolitische und außenpolitische. Innenpolitische Funktionsprobleme sind einer Reihe von Aspekten geschuldet. Beginnend mit einer Dominanz von Regierungen, welche die (meist gesicherte Mehrheit) ausnutzen Regierungsvorlagen ohne größere Diskussionen durch den Gesetzgebungsprozess zu bringen, über eine Expansion des Verordnungsrechtes und einer Herrschaft der Verbände (Sozialpartner etc.) sind es auch Medien welche ihre Kampagnen lancieren und so im Bereich des agenda setting sehr aktiv sind. Weitere innenpolitische Veränderungen welche zu Funktionsproblemen führen sind der Ruf nach mehr direkter Demokratie und richterlicher Aktivismus (wenn die Judikatur nicht nur den Einzelfall betrifft sondern ein ganzes Rechtsgebiet vereinnahmt).

Außenpolitische Faktoren sind die Europäisierung und Globalisierung. Hier ist Abgabe von Kompetenzen an eine übergeordnete Form bzw. eine nicht mehr von einem Parlament zu beeinflussenden Materie, welche die Gesetzgebungskompetenzen beeinträchtigt.³⁶

3.4.3 Kontrollfunktion

Funktionslogik

Die Kontrollfunktion kann in zwei Dimensionen verstanden werden: zum einen als kritische Überprüfung, zum anderen als Mitwirkung bzw. als Mitsteuerung. Objekt der Kontrollfunktion ist dabei meist die Regierung, welche in folgenden Spielarten stattfinden kann:

- Nachprüfung der Regierung bzw. der Administration: ex post Kontrolle der Tätigkeiten der Regierung

³⁶ Marschall Parlamentarismus, 163ff

- Teilnehmende Überprüfung: das Parlament begleitet die Vorhaben der Regierung
- Überprüfung und Sanktionsrecht: einer der beiden oben angeführten Punkte wird durchgeführt mit einem abschließenden Entscheidungsbefugnis des Parlamentes
- Überprüfung mit Hilfe eines Sanktionrechtes Dritter: Das Parlament kontrolliert nicht selbst sondern nimmt die Macht dritter in Anspruch (Öffentlichkeit)
- Überprüfung durch eigenes Sanktionsrecht: durch Sanktionsmöglichkeiten welche dem Parlament zur Verfügung stehen (Abberufung von Ministern z. B.) wird Rechenschaft von Regierung und Verwaltung eingefordert.
- Kontrolle durch die Regierung: Die Regierung überwacht das Parlament

Diese Punkte lassen sich wiederum aufteilen: in eine Gruppe in welcher vor bzw. nach einer Handlung begutachtet wird und also eine zeitliche Dimension eine Rolle spielt; und einer Gruppe bei der die Sanktionsmöglichkeiten im Vordergrund stehen. Die Sanktionsmöglichkeiten sind unterschiedlich ausgeprägt, sind aber ein Prärequisit zur effektiven Kontrolle.

Innerhalb des Parlaments ist es von Belang, in welcher Form die Opposition (und damit die Minderheit) Kontrolle ausüben kann, da die Regierung sich meist auf eine Mehrheit stützen kann.

Ungleich zahlloser als in parlamentarischen Systemen ist die Kontrollfunktion in präsidentiellen Systemen, da die Regierung vom Parlament nicht abgewählt werden kann. Das worst case Szenario ist eine Pattsituation, d.h. dass Regierung und Parlament verschiedenen

politischen Strömungen angehören und so eine Zusammenarbeit erschwert wird³⁷

Funktionserfüllung

Die Instrumente, welche zur Kontrolle der Regierung verwendet werden können, werden „interpellative Verfahren“ genannt. Die Fragen können von einzelnen Abgeordneten oder Gruppen gestellt werden. Die Fragestellung selbst kann schriftlich oder mündlich vorgelegt werden, dass selbe gilt für die Beantwortung der Fragen. Der Zeitraum innerhalb dessen die Fragen beantwortet werden müssen wird von der Geschäftsordnung vorgegeben. Für die Regierung gilt eine Auskunftspflicht.

Untersuchungsausschüsse sind das stärkste Mittel, welches dem Parlament zur Kontrolle der Regierung zur Verfügung steht. Ein großes Hindernis zur Einsetzung eines solchen Ausschusses ist das ein solcher nur durch einen Mehrheitsbeschluss der Versammlung zustande kommt, wodurch die Opposition diese Dimension der Kontrolle praktisch nie nutzen kann.

Eine Hauptaufgabe der Parlamentarier ist es, die durch Anfragen gewonnenen Informationen dann auch zu verwerten. Dies geschieht einerseits durch weitere, detailliertere Anfragen zu gewissen Themen falls Verdachtsmomente aufgetaucht sein sollten, und in der Veröffentlichung, sodass die in Erfahrung gebrachten Informationen einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden.³⁸

Funktionsprobleme

Die Probleme welche sich bei der Kontrolle ergeben sind vielfältig. Zum einen hat die Regierung durch den großen Apparat, welcher ihr zur

³⁷ Steffani, Winfried, 1989: Formen, Verfahren und Wirkungen der parlamentarischen Kontrolle, in: Schneider, Hans-Peter/Zeh, Wolfgang (hrsg.) Parlamentsrecht und Parlamentspraxis. Ein Handbuch, Berlin/New York (de Gruyter), S. 1325-1367

; Marschall 2005, 168 ff

³⁸ Marschall Parlamentarismus, 172 ff

Verfügung steht (Ministerien etc.), eine enorme Menge an Daten, welche abgefragt und verarbeitet werden können. Diese (vollständige) Aufarbeitung der Daten ist aber durch eine Knappheit von Ressourcen (Geld und Mitarbeiter) in den meisten Parlamenten nicht möglich, wodurch relevante Informationen in einem Berg von Daten versteckt werden bzw. untergehen können.

Eine weitere Einschränkung ist durch das Mehrheitsrecht gegeben, wodurch, wie oben angesprochen, Untersuchungsausschüsse im Repertoire der Minderheit selten vorkommt. Diese muss sich also mit „schwächeren“ Mitteln behelfen und versuchen, durch Mithilfe der Öffentlichkeit, vor allem der Massenmedien, eine kritische Haltung gegenüber der Regierung zu kreieren, um so Druck auf die Regierung auszuüben.

Durch die Verlagerung von Kompetenzen an transnationale Konstruktionen (sprich Europäische Union) wurde es den Regierungen ermöglicht, ein sogenanntes „two-level game“ zu spielen. Dieses besteht darin, alle Erfolge bzw. Dinge, welche in der Bevölkerung gut ankommen, sich auf die eigenen Fahnen zu heften (credit blaming), während unliebsame Entscheidungen der Europäischen Union angelastet werden und die eigene Mitwirkung an der Entscheidung zu verleugnen (scape goating). Dies erschwert die Kontrolle insofern, als das Parlamentarier sich nicht nur auf die Arbeit im „eigenen“ Parlament konzentrieren können, sondern auch über die Vorgänge auf anderen Ebenen Bescheid wissen müssen.³⁹

3.4.4 Kommunikationsfunktion

³⁹ Marschall Parlamentarismus , 176; Putnam, Robert D.: "Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games," International Organization, vol. 41, no. 3 (Summer, 1988), S.. 427-460 1988

Funktionslogik

Die Kommunikationsfunktion hat eine Innen- und Außenwirkung. Die Innenwirkung besteht darin, dass innerhalb des Plenums verschiedene Standpunkte und Meinungen aus der Bevölkerung durch die Abgeordneten transportiert werden. Bei der Außenwirkung ist es die Öffentlichkeit, welche über Vorgänge und Entwicklungen innerhalb des Parlamentes und der Regierung informiert werden sollte.

Die Außenwirkung trägt zur Bildung einer Öffentlichkeit bei, in welcher Themen diskutiert und präsentiert werden können, sodass der Input durch die Bevölkerung gegeben ist. Um dies effektiv zu gestalten und Entscheidungen besser zu verkaufen wird von manchen gefordert, dass die Zusammensetzung des Parlamentes die Bevölkerung widerspiegeln solle.⁴⁰ Dass dies de facto nicht der Fall ist, da die Materien und der Zeitaufwand kaum mehr „Feierabendparlamentarier“ zulassen, wird zwar kritisiert, ist aber in modernen Demokratien Usus geworden (Ausnahme: Schweiz). Dass durch die Spezialisierung auch gewisse Berufsgruppen wie etwa Juristen übermäßig vertreten sind liegt in den Materien, welche zu behandeln sind.⁴¹

Funktionserfüllung

Kommunikation nach Innen

Hier ist die Petition das Maß der Dinge, wobei zwischen Petitionen der Parlamentarier und sogenannten Massenpetitionen unterschieden werden muss. Letztere sind nicht in allen Ländern üblich, und benötigen ein festgelegtes Quorum, um im Parlament behandelt zu werden. Die Petitionen der Parlamentarier werden entweder durch einen Ombudsmann

⁴⁰ Schüttemeyer, Suzanne: Repräsentation, in: Dieter Nohlen u.a. (Hrsg.), Lexikon der Politik, Band 1: Politische Theorien, München 1995, S. 543-552

⁴¹ Marschall Parlamentarismus, 178ff

aufgenommen und weitergeleitet oder direkt an einen für diese Zwecke eingerichteten Ausschuss gestellt.

Eine andere Möglichkeit, nach innen zu kommunizieren ist der direkte Kontakt des Bürgers zu seinem Abgeordneten. Dies erfolgt entweder durch Veranstaltungen des Parlamentariers in seinem Wahlkreis oder durch Briefe E-Mails etc. des Bürgers an den Mandatar.

Kommunikation nach Außen

Kommunikation nach außen wird entweder durch Berichterstattung von Medien aus dem Parlament (wobei hier meist nur Plena öffentlich sind, die Ausschussarbeit ist meist der Öffentlichkeit nicht zugänglich) oder durch den individuellen Abgeordneten, welcher aktiv das Gespräch mit den Medien sucht. Dies wird mittlerweile durch Mitarbeiter des Parlamentariers bzw. der Fraktion welcher für Public Relations zuständig ist betreut. Die Arbeit wird dabei mit Video, Audio und Print dokumentiert und den Journalisten zur Verfügung gestellt.⁴²

Funktionsprobleme

Ein großes Problem, dem sich die Kommunikation des Parlamentes stellen muss ist die enorme Konkurrenz, welche auf dem Mediensektor um wertvollen Platz und Sendezeit buhlt. Dabei gerät oft die tägliche Arbeit unter die Räder, da meist über Plena und nicht die Ausschussarbeit berichtet wird. Die Übertragung aus dem Plenum selbst kann dann zu falschen Eindrücken führen, da in den Zusammenfassungen durch Verkürzungen der Eindruck von Uneinigkeit und Streit entstehen kann, was dem Image des Parlamentes und der Abgeordneten nicht zuträglich ist.

Auch das Internet hat nicht die gewünschte Öffentlichkeit gebracht, da einerseits die Auftritte im Internet nicht professionell genug gestaltet sind

⁴² Marschall Parlamentarismus, 181 ff

und andererseits sich das Interesse für bestimmte Themen in Grenzen hält. Nichtsdestotrotz ist mit dem Internet eine neue Dimension der Öffentlichkeit entstanden, welche auch durch Livestreams von Plenumssitzungen eine neue Art der Präsentation der Arbeit bietet.⁴³

3.5 Parlamentarismus

Wie auch bei der Definition von Parlamenten gibt es auch bei der Definition von Parlamentarismus eine weite und eine Definition. Nachdem Parlamentarismus als Begriff zuerst für alles schlechte stand, was mit einem Parlament in Verbindung zu bringen war, änderte sich die Konnotation im Laufe der Zeit und ist nun als Systemkategorie akzeptiert. „Parlamentarismus ist somit ein „Label“ geworden-wie Präsidentialismus oder Föderalismus.“⁴⁴

Parlamentarismus im engeren Sinn ist von Steffani durch das Abwahlrecht der Regierung gekennzeichnet. Hinzu kommen noch sogenannte Sekundärmerkmale:

- Parlamentsauflösung durch die Exekutive: Die Regierung hat die Kompetenz, das Parlament aufzulösen
- Vereinbarkeit von Amt und Mandat: Ein Mitglied der Regierung kann auch ein Mandat im Parlament innehaben

Steffani zählt auch semi-präsidentielle Systeme (nach Duverger) zu den parlamentarischen Systemen, in welchem es eine doppelte Exekutive gibt, welche einerseits von einem vom Volk gewählten Präsidenten, andererseits von einem vom Parlament gestützten Premierminister besteht. Das entscheidende Kriterium ist auch hier die Möglichkeit der Abberufung des Premierministers durch das Parlament.

⁴³ Marschall Parlamentarismus, 183 ff

⁴⁴ Marschall Parlamentarismus, 60

Den Gegenpart zum parlamentarischen System bildet das präsidentielle System. Steffani zufolge ist dieses System dadurch charakterisiert, dass einerseits die Regierung nicht durch das Parlament abberufen werden kann, andererseits die Regierung das Parlament auch nicht auflösen kann. Auch die Vereinbarkeit von einem Regierungsamt und einem Mandat im Parlament ist meist nicht vereinbar. Am deutlichsten wird das im System der USA, in welchem der Präsident „die Aufgaben des Staatsoberhauptes, des Regierungschefs und des einzigen Ministers auf sich vereint. Das gesamte Parlament, nicht eine „Opposition“ im Parlament, stellt den Gegenspieler der Regierung dar.“⁴⁵

v. Beyme hat, angelehnt an Steffani, ein parlamentarisches System anhand von elf Merkmalen definiert. Er verwendet neben den in der Verfassung festgelegten Merkmalen auch empirische:

- Kompatibilität von Parlamentsmandat und Regierungsamt
- Das Kabinett stammt in der Regel aus dem Parlament
- Parlamentarische Ministerverantwortlichkeit
- Interpellative (Frage-) Rechte des Parlaments
- Parlaments(ab)wahl der Regierung
- Parlamentsauflösung durch Regierung
- Existenz organisierter Parteien
- Homogenität im Kabinett
- Dominanz des Premierministers
- Vorhandensein einer loyalen Opposition

⁴⁵ Marschall Parlamentarismus, 62

- Existenz einer dem „Parlamentarismus günstigen“ politischen Kultur⁴⁶

Auch Arend Lijphart folgt diesem Schema. Bei ihm sind folgende drei Charakteristika ausschlaggebend⁴⁷:

- „Abwahl der Exekutive“: In präsidentiellen Systemen ist die Abberufung eines Regierungschefs „nur unter außergewöhnlichen Umständen“⁴⁸ umzusetzen, während in parlamentarischen Systemen der Regierungschef dem Parlament verantwortlich ist und auch von ihm abberufen werden kann.
- „Bestallung der Regierung“: In präsidentiellen Systemen wird der Regierungschef vom Volk gewählt, in parlamentarischen vom Parlament.
- „Form der Exekutive“: In präsidentiellen Systemen herrscht meist eine „Ein-Personen- Regierung“⁴⁹, während in präsidentiellen Systemen ein Kollegium die Regierung bildet. Die Rolle des Ministerpräsidenten kann zwischen Dominanz und primus inter pares schwanken.

Duverger hat zu den beiden bereits vorgestellten Spielarten noch eine dritte hinzuzufügen: die semi-präsidentielle. In dieser ist der Präsident vom Volk gewählt und verfügt verfassungstechnisch gesehen über starke Kompetenzen, der Regierungschef hingegen kann vom Parlament abberufen werden.⁵⁰ Weiters unterscheidet Duverger zwischen drei Unterarten des Semi-Präsidentialismus: dem „figurehead presidency“,

⁴⁶ Marschall Parlamentarismus, 62f; von Beyme, Klaus: Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999. 3. Auflage. Opladen 1999

, 38-51

⁴⁷ Zitiert aus Marschall Parlamentarismus, 63 nach Lijphart, Arend: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-six Countries. Yale Univ. Press. 1999

⁴⁸ Marschall Parlamentarismus, 63

⁴⁹ Marschall Parlamentarismus, 63

⁵⁰ Duverger, Maurice: The Study of Politics. Translated by Robert Wagoner. Nelson. 1980

welches in u.a. in Österreich vorzufinden ist und in welchem der Präsident hauptsächlich repräsentative Aufgaben wahrnimmt; „all-powerful presidency“ wie in Frankreich mit einem sehr machtvollen Präsidenten, und schließlich eine „balanced presidency and government“, in dem die Macht gleichmäßig verteilt ist.⁵¹

Die Unterschiede zwischen diesen Systemen werden durch innere und äußere Faktoren bestimmt: äußere Einflüsse sind die Verfassung und die Tradition, innere sind Zusammensetzungen von Mehrheiten im Parlament und die Beziehung zwischen jener Mehrheit und dem Präsidenten.⁵²

Während von Beyme und Steffani der Dreiteilung der Systematisierung kritisch gegenüber stehen, wird sie von anderen aufgenommen und weiter entwickelt.⁵³ Shugart und Carey entwickeln dabei die Untergruppe der semi-präsidentiellen Systeme weiter und führen zwei neue Begriffe ein: „premier-presidential“ und „president-parliamentary“. In beiden Systemen wird der Präsident vom Volk gewählt, und auch ein mehrköpfiges Kabinett welches vom Parlament abhängig ist. Der Unterschied ist, dass im „president-parliamentary“ System der Präsident auch über die Macht verfügt, das Parlament aufzulösen, oder es sind ihm gesetzgeberische Möglichkeiten gegeben oder aber beides.⁵⁴

Im weiten Parlamentarismusbegriff wird auf die Troika Parlament-Premierminister-Präsident nicht eingegangen. Marschall schlägt hierzu folgend Definition vor:

„Parlamentarismus:

⁵¹ Marschall Parlamentarismus, 65

⁵² Marschall Parlamentarismus, 65

⁵³ Steffani, Winfried: Semi-Präsidentalismus: Ein eigener Systemtyp? Zur Unterscheidung von Legislative und Parlament, in: Zeitschriften für Parlamentsfragen 26, 621-640. 1995 von Beyme Parlamentarische Demokratie; Shugart, Matthew/Carey John M.,: Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics. Cambridge 1992

⁵⁴ Marschall Parlamentarismus, 65

Parlamentarismus bezeichnet ein System, in dem ein Parlament (oder mehrere Parlamente) formal und/oder tatsächlich eine zentrale Stellung im politischen Prozess einnimmt (einnehmen)“

Marschall 2005, Parlamentarismus, S. 67

Durch diese Definition wird über das Zustandekommen und die tatsächliche Macht des Parlamentes nicht gerichtet, nur die zentrale Rolle wird betont: es muss einen „Unterschied machen können“⁵⁵. Eine Liste, anhand derer eine solche Rolle festgelegt werden kann möchte Marschall nicht anfügen, da ansonsten wieder eine Einengung des Begriffes stattfinden würde.⁵⁶ Die Formulierung „formal und/oder tatsächlich“ wurde von deswegen eingefügt, da sich „zwischen einer formalen und der tatsächlichen Position einer Institution in einem System eine tiefe Kluft auf tun“⁵⁷ kann. Bei der Definition eines Parlamentsbegriffes bzw. bei der Einordnung eines Parlamentes in ein starres Schema würde nur die Verfassung beachtet werden, und die tatsächlichen Gegebenheiten würden außer acht gelassen werden. Auch würde ein enger Begriff gewisse Formen des Parlamentarismus ausklammern, da sonst Schwierigkeiten bei der Untersuchung von Parlamentarismen auf anderen Ebenen als der nationalstaatlichen entstehen würden.⁵⁸

3.5.1 Transnationaler Parlamentarismus

Transnationaler Parlamentarismus findet de facto nur in Europa, im Europäischen Parlament, statt⁵⁹. Diesen zu analysieren stellt die Politikwissenschaft vor eine schwierige Aufgabe, da die Dynamik der

⁵⁵ Marschall Parlamentarismus, 68

⁵⁶ Marschall Parlamentarismus, 68

⁵⁷ Marschall Parlamentarismus, 68

⁵⁸ Marschall Parlamentarismus, 68

⁵⁹ Parlamentarische Versammlungen werden hier nicht erwähnt, da sie keinerlei Definitionskriterien eines Parlamentes genügen.

Entwicklung der Europäischen Union und insbesondere des Europäischen Parlamentes in den letzten Jahren rasant verlaufen ist und herkömmliche Analyseeinheiten in diesem Falle schwierig anzuwenden sind. Die Frage der „Finalität“ wird von Marschall gestellt, und kann nicht beantwortet werden.⁶⁰ Zwar wird von einer Normalisierung des Europäischen Parlamentes in den letzten Jahrzehnten gesprochen,⁶¹ ein Ziel bzw. eine Endstufe des Parlamentes ist nicht in Sicht. Marschall vermutet eine „parlamentarische Regierungsform“ als zukünftiges Modell, da die Beziehung zwischen Parlament und Kommission in den letzten Jahren eine „Verkopplung“ darstelle. Andererseits werde aber durch den Ratspräsidenten auch eine präsidentielle Komponente eingebracht, sodass die Richtung, in welche das gegenwärtige System gehen wird, nicht klar ist.

3.5.2 Parlamentarismuskritik

Die Kritik am Parlamentarismus ist so alt wie der Parlamentarismus selbst.⁶² Wasser⁶³ unterscheidet dabei zwischen systemimmanenten und systemkonformen Varianten der Parlamentarismuskritik, welche von beiden Seiten des politischen Spektrums geübt wird. Marschall schränkt dies ein, indem er meint, dass auch der Kontext, in welchem die Kritik geübt wurde, zu beachten sei, da die jeweiligen Kritikpunkte jeweils das gegenwärtige parlamentarische System kritisieren und es also einen Unterschied mache, ob Kritik an der Weimarer Republik geübt werde wie von Carl Schmitt, oder an der BRD der 70er Jahre oder aber aktuell am

⁶⁰ Marschall Parlamentarismus, 237

⁶¹ Marschall Parlamentarismus, 237

⁶² Beyme, Klaus von (1998): 'Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungshoheit', Internationale Politik 53(4): 21-30., 21

⁶³ Vgl. Wasser, Hartmut: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Stuttgart 1974

Parlamentarismus der Europäischen Union.⁶⁴ Marschall nimmt zwei Vertreter der Parlamentarismuskritiker exemplarisch heraus, Carl Schmitt als Vertreter der rechten, Johannes Agnoli als Vertreter der linken Kritik. In weiterer Folge geht er auf aktuelle Kritiken ein.⁶⁵

Carl Schmitt ist der prominenteste Vertreter der Parlamentarismuskritik von rechts. Seiner Ansicht nach ist „das wesentlichste des Parlaments ..öffentliches Verhandeln von Argument und Gegenargument, öffentliche Debatte und öffentliche Diskussion, Parlamentieren..⁶⁶. Dass er hier das Redeparlament des 19. Jahrhunderts als Vorbild nimmt und die, vor allem in den letzten Jahren, immer komplexer und umfangreicher werdenden Materien nicht einschließen kann ist verständlich, jedoch nimmt er dadurch auch jede Veränderung als falsch vorweg. In einer Neuauflage seines Buches kommt er auf diese Kritik zu sprechen: „nachträglich beliebige andere Prinzipien“⁶⁷ zuzuschreiben sei nicht der Sinn der Sache, da „Institutionen stets einer spezifischen wesentlichen Idee“⁶⁸ folgen würden. Der Bedeutungsverlust des Parlamentes aber auch sei dem Bilden von Fraktionen zuzuschreiben, da durch diese große Blöcke von Abgeordneten schon im vorhinein ihre Positionen abgleichen würden. Die Fraktionen selbst würden, bedingt durch ihre zwangsläufig erwachsenen Strukturen, nur mehr durch kleine Gruppen gesteuert werden, sodass „engere und engste Ausschüsse von Parteien oder von Parteikonstellationen hinter verschlossenen Türen beschließen, und was die Vertreter großkapitalistischer Interessensverbände im engsten Kreis abmachen“⁶⁹ würden, was die Bevölkerung betreffen würde. Freie

⁶⁴ Marschall Parlamentarismus, 252

⁶⁵ Habermas wird zwar auch vorgestellt, wird jedoch als Öffentlichkeitskritiker eingeführt, bei dem „Parlament“ ein Teil der Öffentlichkeit ist. Parlamentarismus an und für sich ist nicht das Thema seiner Kritik, sondern die Wirkung von Öffentlichkeit auf das Parlament. Ergo ist die Diskussionskultur der Gesellschaft hauptverantwortlich für eine Bewertung des Parlamentes, da es eine Ableitung desselben ist. Inwieweit verschiedene kulturelle Eigenheiten eine Bewertung von „guter“ Diskussionskultur beeinflussen sei dahingestellt. Vgl. Habermas 1990

⁶⁶ Schmitt 1926, 43

⁶⁷ Schmitt 1926, 7

⁶⁸ Marschall Parlamentarismus, 256

⁶⁹ Schmitt 1926, 62

Diskussionen seien dadurch nicht mehr möglich, und ein Block- und Lagerdenken setze ein.⁷⁰

Johannes Agnoli war vor allem in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein vielzitiertes Mitglied der Parlamentarismuskritik.⁷¹ Seine Kritik richtet sich gegen den Schein von Demokratie, welcher durch das Parlament und die Parteien aufrechterhalten werden, da in Wirklichkeit „die Herrschaft der gesellschaftlichen Oberschichten“ über eine „unterprivilegierte Mehrheit“, nämlich die „betriebsdiszipliniert-unmündigen Arbeiter“⁷² durch Parlament und Parteien camouffiert werden, und dies zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Produktion. Nur durch fundamentale Gegenbewegungen innerhalb des Parlamentes wäre dieses System aufzubrechen, da auch linke Parteien innerhalb des Systems „domestiziert“ werden würden.⁷³ Marschall kritisiert an dieser Darstellung, dass die Grundlagen der Kritik Agnolis, das Klassendenken bzw. der Klassenkampf, mittlerweile „ohne Fundament zu stehen scheinen.“⁷⁴ Auffallend ist Marschall zufolge auch, dass die Kritik von links und rechts gleichermaßen die Entwicklung des Systems beklagt, die ursprüngliche Form des Parlamentes (was auch immer der jeweilige Kritiker darunter verstehen mag sei dahingestellt) bzw. die Grundidee der Volksvertretung gutheißt.⁷⁵

Aktuell wird Parlamentarismuskritik unter den Überschriften „post-parlamentarische Demokratie“ und Entparlamentarisierung geführt. Aufgebracht haben den Begriff der „post-parlamentarischen Demokratie“ die Politikwissenschaftler Andersen und Burns 1996, welche folgenden Tendenzen festgestellt hatten: einerseits die „Etablierung und zunehmende Bedeutung von privaten und halb-privaten Akteuren im politischen Prozess“ und die „Entstehung zahlreicher neuer,

⁷⁰ Marschall Parlamentarismus, 254

⁷¹ Marschall Parlamentarismus, 257

⁷² Marschall Parlamentarismus, 257; zitiert Agnoli 1967

⁷³ Marschall Parlamentarismus, 258

⁷⁴ Marschall Parlamentarismus, 259

⁷⁵ Marschall Parlamentarismus, 259

außerparlamentarischer und nicht-staatlicher Formen der Steuerung“⁷⁶ Dadurch würde ein System entstehen, welches außerhalb des parlamentarischen System agiere- „eine Herrschaft of organisations, by organisations and for organisations.“⁷⁷ Dies sei vor allem in der Europäischen Union der Fall, in welcher Interessensgruppen starken Einfluss auf die Entstehung und Formulierung von policies hätten, auch bedingt durch die schwache Rolle des Europäischen Parlamentes. Generell seien die Parlamente nicht mehr fähig, die ihnen zur Gestaltung überantworteten Gesellschaften zu gestalten, da die Komplexität und Menge an Aufgaben ihre Ressourcen bei weitem übersteige. Mit Ressourcen sind einerseits die Abgeordneten gemeint, welche die Materien nicht mehr alle überblicken können, andererseits aber auch der personelle Hintergrund hinter einem Abgeordneten, welcher Themen vorbereitet und auch mit dem Wähler im Wahlkreis Kontakt hält. Ein weiterer Nachteil der repräsentativen Demokratie sei der Wegfall von Grenzen, welcher es neuen Formen des governance leichter mache, in die entstehenden Graubereiche vorzustößen und die Autorität von Parlamenten zu untergraben. Nichtsdestotrotz bleibe das Parlament für die politischen Entwicklungen verantwortlich, auch wenn der Einfluss darauf geringer werde.⁷⁸ Die Autoren vermuten, dass eine „assoziative Demokratie“⁷⁹, also eine Art Herrschaft von Verbänden und anderen organisierten Interessen ein Modell sein könnte, da eine Gesellschaft auch auf diese Weise(nämlich durch Mitgliedschaften in Interessensvertretungen) ihre Meinungen und Präferenzen ausdrücken könne. Dadurch könne das Effizienzproblem der Parlamente wieder etwas behoben werden, da sie davon ausgeht dass die neuen Ansätze die

⁷⁶ Marschall Parlamentarismus, 263

⁷⁷ Marschall Parlamentarismus, 263

⁷⁸ Marschall Parlamentarismus, 264; Andersen/Burns Erosion of Parliamentary Democracy

⁷⁹ Cohen, Joshua/Rogers, Joel (1994): "Solidarity, Democracy, Association", in:

Streeck, Wolfgang (Hg.), *Staat und Verbände*, Opladen, S. 136–159; Eising, Rainer: Assoziative Demokratie in der Europäischen Union? In: Zimmer, Annette/ Weßels, Bernhard: *Verbände und Demokratie in Deutschland*. Opladen 2000

Probleme und Herausforderungen der Gesellschaft besser und rascher behandeln kann als derzeit.⁸⁰

Entparlamentarisierung kritisiert den Bedeutungsverlust des Parlamentes in mehreren Hinsichten: Grimm⁸¹ sieht das Parlament zu einem „rubberstamp“ verkommen, welcher nur mehr von der Opposition und Regierung bzw. von Regierung und Ländern ausverhandelte Themen vorgelegt werden, welche anschließend abgestempelt werden sollen. Diskussionen oder Veränderungen seien de facto nicht mehr möglich, da sonst ganze Gesetzespakete obsolet werden würden.

Papier⁸² sieht die zunehmende Europäisierung und die Verfasstheit des Deutschen Staates als Grund für die Entmachtung des Parlamentes: nur Konsensvorlagen würden zur Vorlage kommen, und stärkere Interessensverbände würden ihre Interessen besser durchsetzen können, wodurch die Repräsentation des ganzen Volkes verlorengehen würde. Die Lösung des Problems sieht er in einer stärkeren Wahrnehmung der Rolle des Volksvertreters durch die Abgeordneten selbst. Sie sei es, welche ihre Rolle wieder mit mehr Selbstbewusstsein wahrzunehmen hätten und so die diagnostizierte Lähmung und zunehmende Machtlosigkeit des Parlamentes aufzuhalten und umzukehren.

3.5.3 Außenpolitik im Parlament

Außenpolitik ist in Parlamenten ein kaum berührtes Gebiet. So ist zum Beispiel bei Bagehots „The English Constitution“ die Rolle des Parlaments in der Außenpolitik nicht übermäßig wichtig. Er argumentiert, dass in 90 Prozent der Fälle die Opposition auch die selben Positionen vertreten

⁸⁰ Marschall Parlamentarismus, 264

⁸¹ Grimm, Dieter: Die Verfassung und die Politik. Einsprüche in Störfällen. München 2001

⁸² Papier, Hans Jürgen: Reform an Haupt und Gliedern. Eine Rede gegen die Selbstentmachtung des Parlamentes. In: FAZ vom 31.01.2003 S.8

würde, und in den Fällen in denen dies nicht der Fall sein würde, die Kritik der Opposition zwar scharf sein würde, der Vertrag selbst aber nicht mehr geändert werden würde, sollte die Opposition an die Macht kommen⁸³. Dadurch sei die Notwendigkeit einer starken Einbindung des Parlamentes nicht notwendig, der Patriotismus der Regierenden würde immer das bestmögliche für sein Land ergeben.⁸⁴ Wenn eine verstärkte Einbindung des Parlaments in außenpolitische Belange gewünscht werde, so solle dies über eine fakultative Rolle nicht hinausgehen. Eine zweiwöchige Frist, in welcher das Geschäft aufgelegt wird und bei Nichtaufnahme in die Tagesordnung nach Ablauf dieser Frist als angenommen zu betrachten sei, würde vollkommen ausreichen.⁸⁵

An diesen Ansichten bzw. Zuständen hat sich bis heute kaum etwas geändert. Exemplarisch dafür soll kurz das deutsche Parlament und seine Rolle vorgestellt werden, da diese Feld in einem Buch von Stephan Bierling, „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen“ exzellent aufbereitet wurde.

Bierling hält dabei fest, dass dem Bundestag keine Initiativrechte in diesem Bereich zugestanden werden, lediglich Mitwirkungsrechte auf beim Abschluss folgender Akten: „Abschluss von politischen Verträgen, von Friedensverträgen und Verträgen, die Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen sowie der Erklärung des Verteidigungsfalles“⁸⁶ (interessant ist, dass keine Option einer Kriegserklärung besteht). Zwar sei in den letzten Jahren durch das Bundesverfassungsgericht eine Stärkung des Parlamentes in auswärtigen Belangen erreicht worden, die Exekutive habe aber immer noch ein eindeutiges Übergewicht bei diesen Fragen. Dies lässt sich vor allem durch Verwaltungsabkommen erreichen, welche keinen Beschluss des

⁸³ Bagehot, Walter: The English Constitution. Edited by Paul Smith. Cambridge 2001, 214

⁸⁴ Bagehot English Constitution, 215

⁸⁵ Bagehot English Constitution, 217

⁸⁶ Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München Wien 2001, 28

Bundestages erforderlich machen.⁸⁷ Abgestimmt werden müsse hingegen über politische Verträge, wobei dies die einzige Mitwirkung des Parlamentes sei.⁸⁸ Indirekte Einflussmöglichkeiten sind über das Budget vorhanden, zum Beispiel bei der Entwicklungszusammenarbeit oder bei Budgeterstellung für das Verteidigungsministerium. In diesem Lichte ist auch die Möglichkeit einer Resolution zu betrachten, welche das Parlament verabschieden kann.⁸⁹ Der einzelne Abgeordnete kann seine Zustimmung oder Ablehnung zur jeweiligen Außenpolitik durch Fraktionswechsel kundtun und so deutliche Zeichen setzen.

Direkte Außenpolitik könne hingegen nur durch Besuche anderer Parlamente und Einladungen Parlamentarier anderer Länder betrieben werden. Dies diene meist zur Informationsbeschaffung, da es „anders als die (US) amerikanischen Parlamentarier über außenpolitischen Unterausschüsse oder eigene außenpolitische Mitarbeiter“⁹⁰ verfüge, welche ihnen zuarbeiten. Da die Bundesregierung über die Informationshoheit in außenpolitischen Belangen verfüge und dadurch auch die Agenda steure sei dies die einzige Möglichkeit an Informationen abseits der Regierung zu kommen und so die Themensetzung mit zu beeinflussen.⁹¹

Bemerkenswert ist, dass in diesem Buch in dem Kapitel „Akteure und Entscheidungsprozesse“ das Parlament nicht erwähnt wird.⁹²

3.6 Fazit

Parlamentarismus ist ein dehnbarer Begriff, welcher je nach Standpunkt für oder gegen eine Institution welche sich „Parlament“ nennt verwendet

⁸⁷ Bierling Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 31

⁸⁸ Bierling Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 32

⁸⁹ Bierling Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 34

⁹⁰ Bierling Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 36

⁹¹ Bierling Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 36

⁹² Bierling Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 37-65

werden kann. Dies kann durch Begriffsdefinitionen geschehen, oder durch Funktionsanalysen. Im Rahmen dieses Kapitels wurde klar, dass es das „perfekte“ Parlament nicht geben kann, da Strukturen, Wahlen und interne Prozesse genügend Raum für Diskussion lassen und eine Einigung, was die endgültige Form eines Parlamentes sein soll, nicht zu erzielen ist.

Das Europäische Parlament spielt in dieser Diskussion eine besondere Rolle, da es als transnationales Parlament einen Sonderfall darstellt. Der engen Definition nach ist es kein Parlament, da die Stimmgleichheit der Wähler nicht gegeben ist. Auch gibt es keine Regierung, welche ihm verantwortlich ist, und das Initiativrecht ist stark eingeschränkt. Dadurch muss es sich stärker auf die Kontrollfunktion berufen: diese hat es durch das Mitspracherecht bei der Ernennung der Kommission und, bedingt durch die Hearings welche die nominierten Kommissare durchlaufen müssen, hier auch eine bessere Möglichkeit einen Kandidaten auf seine Tauglichkeit in diesem Ressort zu überprüfen als dies zum Beispiel in Österreich der Fall ist.

Woran noch gearbeitet werden muss ist die Kommunikationsfunktion außen, welche zum Leidwesen vieler durch das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit noch nicht in jenem Ausmaß funktioniert wie es vielleicht wünschenswert wäre.

Durch den Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament es allen Unkenrufen zum Trotz geschafft, sich von einer „Quatschbude“⁹³ zu einem vollwertigen Parlament zu entwickeln, wenn auch unbestreitbar noch Verbesserungspotential in zentralen Punkten besteht.

⁹³ <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/europas-parlament-fehlt-souveraenitaet/69250.html>

4 Überblick über die Organe der Europäischen Union

4.1 Rat der Europäischen Union

Gegründet im Jahr 1951, sind im Rat der Europäischen Union sind die Minister der Mitgliedsstaaten vertreten, wobei für föderalen Staaten wie Deutschland oder Österreich Sonderregelungen vereinbart wurden, sodass auch Vertreter der Länder teilnahmeberechtigt sind. Die jeweiligen Vertreter sind befugt, verbindliche Beschlüsse für die Mitgliedsstaaten zu verabschieden.⁹⁴ Die Zusammensetzung der Räte verändert sich den Themen entsprechend: den Allgemeinen Rat (zuständig für Vorbereitung von Tagungen des Europäischen Rates, Fragen der Erweiterung, langfristige Haushaltspolitik), den Rat für Außenbeziehungen, den Rat für Wirtschaft und Finanzen (zuständig für Koordination der Wirtschaftspolitik sowie die Wirtschafts- und Währungsunion), den Rat für Landwirtschaft und Fischerei, sowie den Rat für Justiz und Inneres. Weitere Räte gibt für die Themenbereiche „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“, „Bildung, Jugend Kultur und Sport“, „Verkehr, Telekommunikation und Energie“, „Umwelt“ und „Wettbewerbsfähigkeit“.⁹⁵

Angewandt werden drei Abstimmungsverfahren: einfache Mehrheiten für Verfahrensbeschlüsse, qualifizierte Mehrheiten (hier wird eine Stimmgewichtung der einzelnen Länder vorgenommen, wobei doppelte Mehrheiten, d.h. die Mehrheit von Ländern und Bevölkerung der EU

⁹⁴ Neisser, Heinrich/Verschraegen, Bea: Die Europäische Union. Anspruch und Wirklichkeit; (mit Vertrag von Nizza). Wien 2001, 136

⁹⁵ <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=426&lang=de> zuletzt abgerufen 12.3.2011

gewährleistet wird) für Beschlüsse betreffend den Binnenmarkt, Wirtschaft und Handel, sowie die Einstimmigkeit, welche in der Außenpolitik, Verteidigung, Steuern und polizeilicher justizieller Zusammenarbeit.⁹⁶

Den Räten vorgelagert sind Sach- und Beamtenausschüsse, in welchen die technischen Aspekte der Entscheidungen für die Räte unter Mitwirkung von Beamten der Mitgliedsstaaten und der Kommission vorbereitet werden.

4.2 Europäischer Rat

Institutionalisiert durch den Vertrag von Maastricht 1992, wurde er 1974 als informelles Gremium zum Meinungsaustausch der Staats- und Regierungschefs ins Leben gerufen und setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der EU sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rates zusammen, wobei die beiden letztgenannten ohne Stimmrecht sind.⁹⁷ Aufgaben sind die „Entwicklung erforderlicher Impulse und [Festlegung der] allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten“. Die Entscheidungen werden, wie im Rat der EU, nach den festgelegten Kriterien gefällt, meist aber im Konsens.⁹⁸

⁹⁶ <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=426&lang=de> zuletzt abgerufen 12.3.2011

⁹⁷ <http://www.european-council.europa.eu/the-institution.aspx?lang=de> zuletzt abgerufen 12.03.2011

⁹⁸ <http://www.european-council.europa.eu/the-institution.aspx?lang=de> zuletzt abgerufen 12.03.2011

4.3 Europäische Kommission

Schon in den Gründungsverträgen der EKGS verankert, wurde sie als Repräsentant der allgemeinen Interessen und somit als Gegenpol zum Rat (der Europäischen Union) geschaffen.⁹⁹ Sie gilt als „Hüterin der Verträge“, hat jedoch, unter anderem durch das empfundene Demokratiedefizit, einiges an Einfluss verloren.¹⁰⁰ Die Aufgaben der Kommission sind, unter anderem, Vorschläge zur Gesetzgebung zu erarbeiten, die finanzielle Gestaltung der EU zu erstellen und zu verwalten, die „policies“ ein- und umzusetzen sowie die Führung der auswärtigen Beziehungen der EU. Seit der letzten Erweiterungsrunde der EU besteht die Kommission aus 27 Mitgliedern, einer aus jedem Mitgliedsland der EU. Durch den Vertrag von Lissabon wurde der Hohe Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen, welcher zugleich ein Vizepräsident der Kommission ist. Dieser Kommissar hat den neugeschaffenen Europäischen Auswärtigen Dienst unter sich, welcher die Vertretung der EU in den meisten Ländern der Welt darstellt.¹⁰¹ Die Kommissare werden durch die Mitgliedsländer vorgeschlagen und vom EU-Parlament bestätigt.

4.4 Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften und Gericht erster Instanz

Der EuGH wurde als Gerichtshof der EKGS 1952 aus der Taufe gehoben, 1988 wurde der das EuG beigeordnet, um den EuGH zu entlasten. Jedes

⁹⁹ Neisser, Heinrich: Das politische System der EG. Wien 1993, 102

¹⁰⁰ Dinan Ever Closer Union, 171

¹⁰¹ Dinan Ever Closer Union, 184

Land entsendet einen Richter. Sodass zur Zeit 27 Richter für sechs Jahre mit der Möglichkeit einer einmaligen Wiederbestellung ihren Dienst versehen. Darüber hinaus versehen acht so genannte Generalanwälte ihren Dienst, welche eine unabhängige Beraterrolle übernehmen. Sie begutachten die Rechtsfälle unabhängig von den Richtern und stellen das erstellte Gutachten vor. Die Aufgabe des EuGH ist es dafür zu sorgen, dass

„ das EU-Recht in allen EU-Mitgliedstaaten auf die gleiche Weise ausgelegt und angewendet wird, so dass das Recht für alle gleich ist. So sorgt er dafür, dass die nationalen Gerichte in der gleichen Frage nicht unterschiedlich urteilen.

Er gewährleistet ebenfalls, dass die EU-Mitgliedstaaten und die Organe sich an die Rechtsvorschriften halten. Der Gerichtshof ist befugt, in Rechtsstreitigkeiten zwischen EU-Mitgliedstaaten, EU-Organen, Unternehmen und Privatpersonen zu entscheiden.“¹⁰²

Die Entscheidungen fallen selten im Plenum, sondern werden in sogenannten „Großen“ und „Kleinen“ Kammern entschieden, in denen 13 bzw. fünf oder drei Richter sitzen. Die Rechtsachen, über die er zu entscheiden hat, sind meist Vorabentscheidungen, welche von nationalen Gerichten angefragt werden zu EU Gesetzen und Richtlinien, Vertragsverletzungsverfahren sowie Nichtigkeits- und Untätigkeitsklagen.

Das Gericht erster Instanz, der über die gleichen personellen Mittel wie der EuGH verfügt mit (abzüglich der Generalanwälte) ist für Klagen juristischer Personen, Klagen von Mitgliedsländern gegen die Kommission sowie für handelspolitische Schutzmaßnahmen zuständig. Gegen Urteile des Gerichtshofes erster Instanz kann vor dem EuGH berufen werden.

¹⁰² http://europa.eu/institutions/inst/justice/index_de.htm

4.5 Rechnungshof

Der Rechnungshof, gegründet 1977 als Kontrollausschuss, wurde mit dem Vertrag von Maastricht auf Grund der Ausweitung der finanziellen Aktivitäten und des Finanzhaushaltes der EU als Organ eingesetzt.¹⁰³ Er sieht sich als Instrument zur Stärkung der Demokratie in der EU, da er mehr Transparenz und Verantwortlichkeit seitens des Finanzgebahrens gewährleistet.¹⁰⁴ Die Mitglieder, pro Mitgliedsland eines, werden für sechs Jahre ernannt, wobei das Mitglied einmal wiederbestellt werden kann. Die Berufung erfolgt über den Rat der EU per Konsens, wobei das EP sich ein Mitbestimmungsrecht ausbedungen hat. Im EP ist eine einfache Mehrheit erforderlich.¹⁰⁵

4.6 Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen wurde im Vertrag vom Maastricht aus der Taufe gehoben. Seine 344 Mitglieder sind für fünf Jahre von den Mitgliedsländern bestellt und befassen sich mit nachhaltiger Entwicklung, Kultur, Unterricht und Forschung, sowie Transport, Gesundheit und Jugend. Die politische Rolle ist eher gering, „...opinions... go mostly unread to the council.“¹⁰⁶

¹⁰³ Neisser Die Europäische Union. Anspruch und Wirklichkeit, 187

¹⁰⁴ Dinan Ever Closer Union, 280

¹⁰⁵ Dinan Ever Closer Union, 280

¹⁰⁶ Dinan Ever Closer Union, 287

4.7 Wirtschafts- und Sozialausschuss

Auch im ECOSOZ sind 344 Mitglieder aus den Mitgliedsstaaten für fünf Jahre bestellt. Der Zweck des ECOSZ ist die Beratung in sozialen und wirtschaftlichen Belangen der Kommission, des Parlaments sowie des Rates. Wie im Falle des AdR wird auch hier die Meinung des ECOSOZ nicht immer aufgenommen. Sowohl der ECOSOZ als auch der AdR wurden in ihren Anfangsjahren vom EP als Bedrohung seiner Kompetenzen wahrgenommen. Diese Befürchtungen wurden aber durch die Kommission ausgeräumt, welche dem EP Vorrang gegenüber den beiden beratenden Gremien einräumte.¹⁰⁷

4.8 Europäisches Parlament

Nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 war es als ein Feigenblatt¹⁰⁸, um dem neuen Gebilde einen demokratischen Anstrich zu verpassen. Diese Rolle gefiel den Abgeordneten, welche bis 1979 nicht direkt gewählt wurden¹⁰⁹ gar nicht, und so setzten sie sich daran, den Einfluss dieses Diskussionsforums auszubauen. Ein Weg dazu schien die direkte Wahl zum Europäischen Parlament zu sein:

Nachdem eine Möglichkeit einer zukünftigen Direktwahl zum Europäischen Parlament schon in den Gründungsverträgen vorgesehen gewesen war, wurde diese Option von den Mitgliedern des Parlamentes in den sechziger und siebziger Jahren weiterverfolgt und weiterentwickelt,

¹⁰⁷ Dinan Ever Closer Union, 284

¹⁰⁸ Wessels Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden 2008, 119

¹⁰⁹ Wessels Politisches System der EU, 127

sodass zwar 1961, 1963 und 1969 Entwürfe von Dehousse und anderen zu einer Direktwahl zwar abgelehnt worden waren, es 1973 jedoch mit dem „Patijn Report“ die Mitgliedsstaaten soweit brachte, dass als Kompensation zu der Formierung des Europäischen Rates Direktwahlen sobald als möglich abgehalten werden sollten. Nach der Annahme der Vorschläge des Europäischen Parlamentes 1976 wurden 1979 schließlich die ersten Direktwahlen abgehalten¹¹⁰. Der Wahltag sollte einheitlich sein, jedoch mit der Option für die Mitgliedsländer, den Wahlgang um einige Tage nach vorne oder hinten zu verlegen. Auch das Wahlsystem war den einzelnen Staaten selbst überlassen, bis eine einheitliche Regelung für alle Staaten gefunden werden würde.¹¹¹ Dies wurde von den Mitgliedsländern weidlich ausgenützt, und es dauerte bis zu den Wahlen 2004, dass in allen Staaten ein proportionelles System verwendet wurde. Die Ausprägungen desselben bleiben aber immer noch den einzelnen Staaten überlassen, wodurch noch immer nicht die Rede von einem einheitlichen Wahlsystem zum Europäischen Parlament gesprochen werden kann.¹¹²

Eine weitere Chance, den Einfluss und die Rolle des Europäischen Parlamentes aufzuwerten schien in einem symbolischen Akt zu liegen: Bereits 1958, nach dem Inkrafttreten der Römer Verträge, beschloss die Gemeinsame Versammlung, als welche sie gegründet worden war, sich selbst auf Deutsch und Niederländisch als „Europäisches Parlament“ zu benamen. 1962 wurde die Versammlung auch in den anderen Sprachen so genannt, offiziell wurde diese Bezeichnung aber erst 1986 im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte.¹¹³

Die Kontrollrechte, welche eine Hauptaufgabe eines Parlamentes darstellen, wurden wie auch die Direktwahl, erst im Laufe der Jahre erkämpft bzw. ausgeweitet. Waren sie zu Beginn auf ein

¹¹⁰ Corbett European Parliament, 12

¹¹¹ Corbett European Parliament, 13

¹¹² Corbett European Parliament, 16

¹¹³ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=IM-PRESS&reference=20080414FCS26491>

Misstrauensvotum gegenüber der Hohen Behörde beschränkt, so entwickelte sich diese im Laufe der Jahre weiter zu Anhörungsrechten gegenüber dem Rat. 1970 durch den Vertrag zur Schaffung von EG Eigenmitteln und 1975 durch Vertragsergänzungen wurden auch Haushaltsbefugnisse an das Europäische Parlament übertragen, wodurch die die Kompetenzen des Parlaments schlagartig zunahmen.¹¹⁴ Überhaupt ist die Kontrolle der Finanzen die stärkste Handhabe, welche das Europäische Parlament hat um sich Gehör zu verschaffen. Dass dieses Instrument gerne angewandt wird, wird schon durch die Formulierung deutlich, welche auf der Homepage des Europäischen Parlamentes verwendet wird (Hervorhebungen durch den Autor) :

„Das Parlament legt seinen Standpunkt nach Maßgabe seiner politischen Prioritäten fest. Wenn das Parlament dem Standpunkt des Rates zustimmt oder es ablehnt, einen Standpunkt festzulegen, gilt der Haushaltsplan als angenommen. Im Normalfall beschließt das Parlament jedoch Abänderungen und sendet den geänderten Entwurf des Haushaltsplans zurück an den Rat und die Kommission, außerdem beruft der Präsident des Europäischen Parlaments eine Sitzung des Vermittlungsausschusses ein.

Der Vermittlungsausschuss hat die Aufgabe, innerhalb von 21 Tagen einen gemeinsamen Entwurf vorzulegen. Wenn sich die Vertreter des Rates und des Parlaments nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen können, muss die Kommission einen neuen Entwurf des Haushaltsplans vorlegen.

Wenn sich der Vermittlungsausschuss auf einen gemeinsamen Entwurf einigt, haben Parlament und Rat 14 Tage Zeit, diesem Entwurf zuzustimmen.

¹¹⁴ Wessels Politisches System der EU, 122

Der Haushaltsplan wird abschließend vom Präsidenten des Europäischen Parlaments unterzeichnet.¹¹⁵

Quelle:

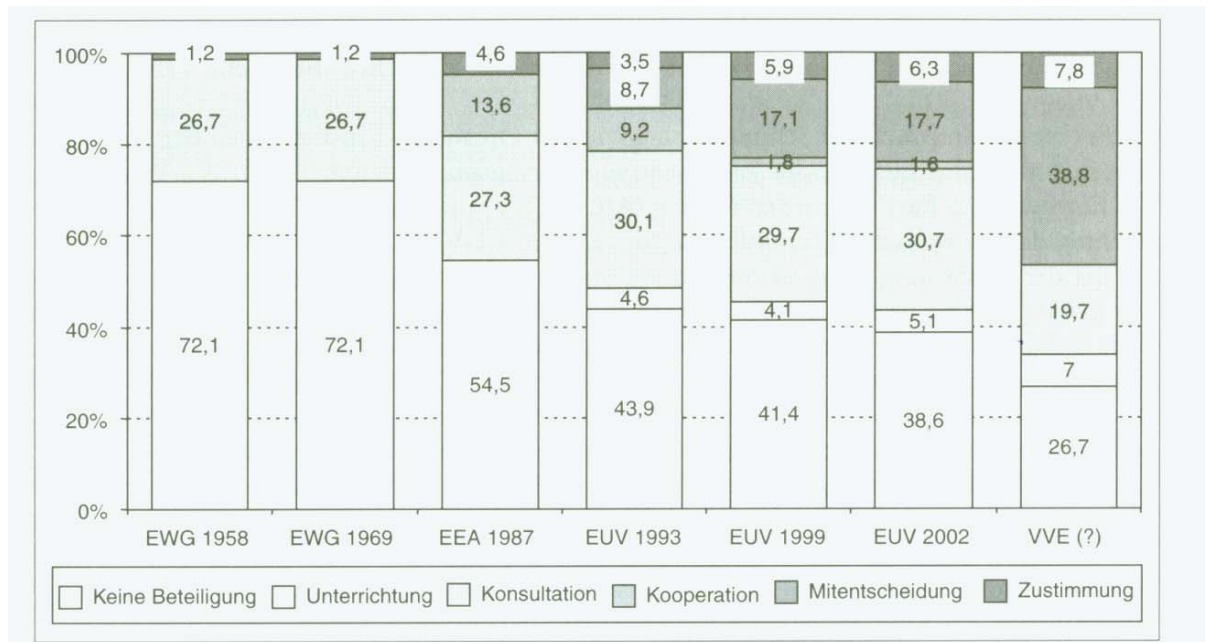
<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?id=46&pageRank=5&language=DE> Letzter Aufruf 20.03.2011

Das heißt also, dass das Europäische Parlament dieses Mittel als Chance begreift (und sie auch nutzt), aktiv die Gestaltung und Weiterentwicklung der europäischen Union zu gestalten.

Doch nicht nur die Kontrollfunktionen wurden verbessert, auch die Mitwirkungsrechte wurden in Jahrzehnten des Bestehens immer weiter ausgedehnt. Zwar hat das Parlament noch nicht in allen Gebieten ein Mitspracherecht, jedoch hat sich die Situation in den letzten Jahren durch diverse Vertragsänderungen und Aneignungen von Themenkomplexen die Bedeutung des Parlamentes erhöht. Die letzte „Ausbaustufe“ wurde schließlich durch den Vertrag von Lissabon erreicht, wodurch, wie in der Grafik ersichtlich wird, das Parlament in knapp 2/3 der Materien welche behandelt werden zumindest ein Konsultations- Kooperations- Mitentscheidungs- oder Zustimmungsrecht hat.

¹¹⁵

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?id=46&pageRank=5&language=DE>



Quelle: Wessels 2008, *Das politische System der Europäischen Union*, S. 124

Diese „nacheilende Parlamentarisierung“¹¹⁶ ist also noch nicht abgeschlossen.

Die größten Defizite sind, um die Kriterien von Marschall aufzugreifen, in der Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion gegeben:

Die Gesetzgebungsfunktion ist nicht erfüllt, da keinerlei Initiativrecht zu einem Gesetzesvorhaben im Europäischen Parlament vorhanden ist. Die einzige Möglichkeit, selbst aktiv zu werden ist durch einen Beschluss die Kommission aufzufordern, in diesem oder jenem Bereich aktiv zu werden. Dass dies natürlich kein Ersatz für ein „echtes“ Initiativrecht sein kann ist klar, jedoch würde dieses Initiativrecht dem Parlament mehr an formeller (nämlich nach Kriterien, welche ein Parlament zu erfüllen hat) und faktischer Macht gewinnen. Auch würde dadurch der Weg in Richtung eines parlamentarischen Systems (und dadurch zu einer weiteren Diskussion über die Form der Europäischen Union als Gebilde sui generis bzw. deren Entwicklung in einen Staat) noch weiter angeheizt werden.

¹¹⁶ Maurer/Wessels Maurer, Andreas/ Wessels, Wolfgang: Das europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza: Akteur, Areal oder Alibi? Baden Baden 2003, 100

Die Kontrollfunktion ist gegeben, eine Sanktionsmöglichkeit lässt sich daraus aber nicht kreieren. Auch im Vertrag von Lissabon ist die Sanktionsfunktion nicht zur Gänze erreicht worden, die einzige Möglichkeit Fehlverhalten zu sanktionieren ist via den Geldfluss Einfluss auf Politikbereiche zu übernehmen. Dies ist auch gelebte Praxis, auch wenn es formell in manchen Bereichen von Seiten des Europäischen Parlamentes keine Mitspracherechte bzw. Einflussmöglichkeiten gibt.¹¹⁷

Diese Funktionsdefizite sind durch neue Verträge zu ändern. Was nicht durch diese verändert werden kann ist die Tatsache, dass die Kommunikationsfunktion nach außen im Europäischen Parlament nicht zu funktionieren scheint. Durch das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit und dem damit einhergehenden Desinteresse der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an der täglichen Arbeit im Europäischen Parlament ist es sehr schwierig, in den Medien wahrgenommen zu werden.¹¹⁸

4.9 Formen der Mitwirkung

Dieser Abschnitt soll in Kürze die Möglichkeiten der Mitbestimmung des europäischen Parlamentes darlegen. Durch den Vertrag von Lissabon sind hier einige Veränderungen eingetreten:

Unterrichtung des Parlamentes

De facto keine Mitwirkungsform, jedoch die Möglichkeit, durch die Vorstellung von Berichten Informationen über gewisse Themengebiete zu

¹¹⁷ Wessels Politisches System der EU, 125; http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Vertrag_Lissabon_Kurzkommentar_3rd_edition_090421_KS.pdf

¹¹⁸ Vgl. Mühlböck, Monika: (Re)presenting Europe. Rahmenbedingungen und Strategien der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Diplomarbeit Wien 2007

erlangen. Daraus könnten dann Aufforderungen an die Kommission entstehen, in diesem oder jenem Gebiet tätig zu werden.¹¹⁹

Anhörungsverfahren

Hier ist der Einfluss des Parlamentes sehr gering. Im Grunde hat hier das Europäische Parlament nur eine Möglichkeit zu einer unverbindlichen Stellungnahme, beschlossen wird die Vorlage vom Rat der EU auf Vorschlag der Kommission. Angewandt wird diese Form der Einbindung bei Rechtsakten betreffend die Unionsstaatsbürgerschaft (Bewegungsfreiheit, etc.), den Binnenmarkt oder im Bereich der Umweltpolitik.¹²⁰

Zustimmungsverfahren

Diese Verfahren ist eine Vetooption des Parlamentes. Das Parlament muss Vorschlägen des Rates mit unterschiedlichen Mehrheiten, je nach Themengebiet, zustimmen, damit der Rechtsakt in Kraft treten kann. Da das Veto auch im Voraus signalisiert werden kann, ist dieses Verfahren ein Mittel, um vom Parlament nicht gewünschte Materien lange bevor es zu einer Abstimmung kommt zu beeinflussen und so informell in die Entstehung des Rechtsaktes eingreifen.¹²¹

Mitentscheidungsverfahren

¹¹⁹ http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Vertrag_Lissabon_Kurzkommentar_3rd_edition_090421_KS.pdf

¹²⁰ http://www.jeanmonnetchair.uni-koeln.de/fileadmin/user_upload/Lehre/SoSe09/Einfuehrungs-VL/Tutorien/Tutorium_11._Sitzung.pdf

¹²¹ Wessels Politisches System der EU, 344; http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Vertrag_Lissabon_Kurzkommentar_3rd_edition_090421_KS.pdf

Dieses Verfahren wurde durch den Vertrag von Maastricht eingeführt und bietet dem Europäischen Parlament die Möglichkeit, als gleichberechtigter Partner am Gesetzgebungsprozess teilzunehmen. Die Initiative geht auch hier von der Kommission aus und wird in einer 1. Lesung im Parlament behandelt. Das Ergebnis dieser Lesung wird anschließend vom Rat der EU mit Mehrheit beschlossen, woraufhin das Verfahren beendet ist. Bei Ablehnung des Beschlusses des Europäischen Parlamentes durch den Rat der EU wird von diesem ein gemeinsamer Standpunkt veröffentlicht. Im Trilog, einer informellen Einrichtung in welcher sich die Ratspräsidentschaft, das Europäische Parlament und die Kommission zusammensetzen um die unterschiedlichen Standpunkte auf einen Nenner zu bringen, werden Kompromisse erarbeitet. In der 2. Lesung des Europäischen Parlamentes kann der Standpunkt des Rates der EU angenommen werden, woraufhin der Rechtsakt beschlossen wird (dasselbe gilt auch wenn kein Beschluss gefasst wird). Falls der Standpunkt des Rates der EU abgelehnt wird, ist der Rechtsakt gescheitert. Wenn jedoch Abänderungsanträge beschlossen werden, dann muss der Rat der EU innerhalb von sechs Wochen den Änderungen zustimmen, um den Rechtsakt zu erlassen. Sollte einer der Änderungsvorschläge des Europäischen Parlamentes nicht angenommen werden, so tritt der Vermittlungsausschuss zusammen, in welcher paritätisch die Mitglieder des Rates und des Parlamentes innerhalb von sechs Wochen zu einer Einigung finden müssen. Falls keine Einigung innerhalb dieser Frist zustande kommt ist das Gesetzesvorhaben gescheitert. Im Falle einer Einigung (die Mitglieder des Rates müssen mit qualifizierter Mehrheit zustimmen, die des Parlamentes mit Mehrheit der Mitglieder) hat das Europäische Parlament sechs Wochen Zeit mit absoluter Mehrheit den Rechtsakt zu billigen und auch der Rat der EU muss mit qualifizierter Mehrheit dafür sein, um den Rechtsakt zu erlassen. Sollte eines der beiden Organe nicht zustimmen, so ist der Rechtsakt endgültig gescheitert.¹²²

¹²² Wessels Politisches System der EU, 344 f

4.10 Europäisches Parlament und GASP/GSVP

Im Bereich des GASP hatte das Europäische Parlament in der Vergangenheit kein Mitspracherecht, da diese intergouvernemental geregelt war (2. Säule)¹²³. Daran änderte sich formell wenig. Die Mitwirkung in diesem Bereich besteht hauptsächlich darin, dass es gehört werden kann:

Artikel 36 EUV

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hört das Europäische Parlament regelmäßig zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und unterrichtet es über die Entwicklung der Politik in diesen Bereichen. Er achtet darauf, dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden. Die Sonderbeauftragten können zur Unterrichtung des Europäischen Parlaments mit herangezogen werden.

Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat und den Hohen Vertreter richten. Zweimal jährlich führt es eine Aussprache über die Fortschritte bei der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Quelle:

http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Vertragsartikel/Pdf/Art_36_EUV.pdf Letzter Aufruf 20.03.2011

Natürlich aber kann, wie oben erwähnt, das Europäische Parlament über das Budget viel mehr Einfluss nehmen, als hier vermittelt wird. Mit der Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes hat es die Möglichkeit bekommen, sich direkt in die Vertretung der Europäischen Union nach

¹²³ Wessels Politisches System der EU, 37

außen einzubringen, in dem es zum Beispiel die Mittel welche für den Europäischen Auswärtigen Dienst verwendet werden können drastisch einschränkt. Möglich wurde dies durch die Ausweitung der Haushaltsbefugnisse des Parlamentes.¹²⁴

Die zweite Einflussmöglichkeit auf die GASP ist durch die Rolle des Hohen Repräsentanten gegeben. Dieser ist nämlich durch seine „Doppelhutfunktion“¹²⁵, einerseits ist er Mitglied der Kommission als Vizepräsident derselbigen, andererseits ist er der Vorsitzende des Rates für Auswärtige Beziehungen, sowohl dem Europäischen Parlament als auch den Mitgliedstaaten verantwortlich. Hier kann das Parlament schon bei der Bestellung großen Einfluss nehmen, da die Kommission vom Europäischen Parlament bestätigt werden muss, und zwar als Kollektiv. Wenn also ein dem Parlament ungeeignet scheinender Mensch auf diesen Posten gesetzt werden soll, kann es die ganze Kommission verhindern.

4.11 Innere Organisation des Parlamentes

Das Europäische Parlament besteht seit dem Vertrag von Lissabon aus 736 Mitgliedern¹²⁶ aus 27 Mitgliedsstaaten. Pro Nation sind mindestens fünf und maximal 99 Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten.¹²⁷ Diese Mandatare bilden Fraktionen, welche aus mindestens 25 Mandataren aus einem Viertel der Mitgliedstaaten bestehen müssen. Innerhalb dieser werden dann Vorschläge für die zu vergebenden Posten erarbeitet. Formell sind keine Koalitionen im Europäischen Parlament

¹²⁴ http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Vertrag_Lissabon_Kurzkommentar_3rd_edition_090421_KS.pdf

¹²⁵ Wessels Politisches System der EU, 222

¹²⁶

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do;jsessionid=BA680AEF5A8402BB1F05EA3CE0768841.node1?id=146&language=de>

¹²⁷

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?id=45&pageRank=3&language=DE>

vereinbart, informell jedoch sprechen sich die Fraktionen untereinander ab, welche für diesen oder jenen Posten Vorschläge unterbreiten kann. Beim Präsidenten des Europäischen Parlamentes ist dies so geregelt, dass eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren von der stärksten Fraktion, die zweiten zweieinhalb Jahre der Legislaturperiode von der zweitstärksten Fraktion gestellt wird.¹²⁸

4.11.1 Der Präsident

Die Leitung des Europäischen Parlamentes obliegt dem Präsidenten, welcher in der konstituierenden Sitzung für eine halbe Legislaturperiode, also 2 ½ Jahre gewählt wird. Die Wahl erfolgt geheim, in den ersten drei Wahlgängen ist eine absolute Mehrheit notwendig. Sollte ein vierter Wahlgang nötig sein da kein Kandidat die erforderte Absolute Mehrheit erreicht eine einfache Mehrheit ausreichend.¹²⁹

Die Aufgaben des Präsidenten

Seine Aufgaben sind die Leitung aller Tätigkeiten des Parlaments, die Führung des Vorsitzes in den Plenarsitzungen und die Feststellung des Haushaltsplanes. Darüber hinaus ist er der institutionelle Vertreter des Parlaments nach außen sowie in dessen Beziehungen zu den anderen Organen der Gemeinschaft.¹³⁰

¹²⁸ <http://de.euronews.net/2009/07/14/jerzy-buzek-neuer-ep-praesident/>

¹²⁹ <http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=52>

¹³⁰ <http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?id=52&language=DE>

4.11.2 Die Konferenz der Präsidenten

Die Konferenz der Präsidenten ist für die Organisation der Arbeiten des EP und die Legislativplanung zuständig. Zu den ihren weiteren Aufgaben zählen die Zuweisung der Zuständigkeiten der Ausschüsse und der Delegationen sowie deren Zusammensetzung, die Beziehungen zu den übrigen Organen der Europäischen Union, den nationalen Parlamenten und Drittländern, die Vorbereitung des Arbeitsplanes des Organs und die Tagesordnung der Plenartagungen sowie die Festlegung der Sitzordnung im Plenarsaal.¹³¹

Diese Zusammensetzung ergibt sich aus dem Präsidenten des Parlaments und den Vorsitzenden der Fraktionen. Ebenso Mitglied der Konferenz jedoch nicht stimmberechtigt ist ein Vertreter der fraktionslosen Abgeordneten.

Beschlüsse werden via Konsens oder durch eine nach Maßgabe der Anzahl der Abgeordneten einer jeden Fraktion gewichtete Abstimmung gefasst.¹³²

Die Aufgaben der Konferenz der Präsidenten

Die Konferenz der Präsidenten übernimmt jene Aufgaben, welche ihr von der Geschäftsordnung zugewiesen werden. Hauptaufgaben sind die Organisation der Arbeiten des EP und seiner Organe. Zu allen Fragen, welche mit der Legislativplanung und die Beziehungen zu den übrigen Organen der Europäischen Union betreffen, wird die Konferenz der der Präsidenten gehört. Die nichtöffentlichen Sitzungen finden zweimal

¹³¹

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=2>

¹³²

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=2>

monatlich statt.

Die Protokolle der Konferenzen werden jedoch in die Amtssprachen übersetzt und an alle Abgeordneten verteilt. Anfragen zu den Arbeiten der Konferenz können von den Abgeordneten gestellt werden.

Die Protokolle der Konferenz der Präsidenten werden in die Amtssprachen übersetzt, vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt. Jeder Abgeordnete kann Anfragen zu den Arbeiten der Konferenz der Präsidenten stellen. Des Weiteren gibt es die für alle Abgeordneten offene Konferenz der Präsidenten, welche ihnen die Möglichkeit gibt „ihren Standpunkt mit einer eingeladenen Persönlichkeit auszutauschen oder die Vorschläge der Kommission frühzeitig kennenzulernen“¹³³

4.11.3 Präsidium

Das Präsidium ist einerseits zuständig für die Aufstellung des Vorentwurfs für den Haushaltsvoranschlag des EP, andererseits für alle Fragen zur Verwaltung, des Personals und der Organisation. Es ist das statuarische Leitungsorgan des EP. Zusammengesetzt wird es aus dem Präsidenten des EP, den 14 Vizepräsidenten und den fünf Quästoren. Bei Stimmengleichheit bei Abstimmungen entscheidet die Stimme des Präsidenten. Quästoren sind Mitglieder mit beratender Stimme, das heißt sie stimmen nicht mit ab.¹³⁴

¹³³

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=3>

¹³⁴

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=4>

Aufgaben des Präsidiums

Das Präsidium ist parlamentsintern für Aufgaben in den Bereichen Verwaltung und Finanzen tätig, ebenso für alle Themen, welche den internen Ablauf des Parlaments betreffen. Des Weiteren bearbeitet das Präsidium die Anträge welche die Durchführung der Plenartagungen betreffen, so kann es zum Beispiel Ausschuss- oder Delegationssitzungen außerhalb der üblichen Arbeitsorte genehmigen. Eine weitere Aufgabe betrifft die Vorbereitung des Vorentwurfes des Haushaltsvoranschlags des Parlaments. Das Präsidium ernennt den Generalsekretär des Parlaments, welcher die Leitung der Verwaltungsdienste des Parlaments gewährleistet, und legt die Zusammensetzung und Organisation des Generalsekretariats fest. Im Regelfall tritt das Präsidium zweimal monatlich zusammen.

Wie auch bei der Konferenz der Präsidenten werden auch hier die Protokolle in alle Amtssprachen übersetzt und an die Abgeordneten verteilt. Darüber hinaus beschließt es auch die Zuweisungen an die im EP vertretenen Parteien.¹³⁵

4.11.4 Quästoren

Die Quästoren sind für die Verwaltung und Finanzen verantwortlich, welche das Parlament direkt betreffen, wie etwa die Einrichtungen für Abgeordnete. Sie werden in geheimer Wahl gewählt und sind für zweieinhalb Jahre mit ihrem Amt betraut.

¹³⁵

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=5>

4.11.5 Parlamentarische Ausschüsse

Ständige Parlamentarische Ausschüsse

Die parlamentarischen Ausschüsse dienen zur Vorbereitung von Plenarsitzungen des EP. In ihnen werden Berichte zu Legislativen erarbeitet sowie Initiativvorschläge des Parlamentes erstellt. Insgesamt existieren 20 solcher Ausschüsse, welche alle relevanten Bereiche abdecken. Zu den jeweiligen, die Themenbereiche des Ausschusses berührenden Bereichen werden Stellungnahmen bzw. Berichte erstellt und darin etwaige abweichende Standpunkte und Änderungswünsche erarbeitet. Auch zu Themen, welche den Ausschuss nicht direkt betreffen werden Stellungnahmen erstellt, um den dafür zuständigen Ausschuss auf Aspekte eines Themas hinzuweisen.

Auch hier gilt die zweieinhalbjährige Wahlperiode eines Präsidiums (ein/e Vorsitzende/r, vier StellvertreterInnen).¹³⁶

Sonderausschüsse

Sonderausschüsse werden zu besonderen Themen einberufen, wobei die Dauer eines Ausschusses auf ein Jahr beschränkt ist. Aktuell sind zwei Ausschüsse tätig, einer zum Thema Finanz- Wirtschafts- und Sozialkrise sowie ein Ausschuss zu den politischen Herausforderungen.

Untersuchungsausschüsse

Untersuchungsausschüsse können bei Verstößen gegen Gemeinschaftsrecht oder bei Missständen in der Anwendung eingesetzt werden. Bisher gab es drei Ausschüsse, welche zu den Themen BSE, der

¹³⁶

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=7>

Krise eines Lebensversicherers sowie bei Problemen für das gemeinschaftliche Versandverfahren tätig wurden.¹³⁷

Vermittlungsausschüsse

Vermittlungsausschüsse sind beim Kodezisionsverfahren die letzte Etappe. In diesem Ausschuss sind je 27 Vertreter des Parlamentes wie der Mitgliedsstaaten versammelt, um einen gemeinsamen Entwurf zu erstellen, welcher sowohl dem Rat als auch dem Parlament zu Abstimmung vorgelegt wird. Um den Entwurf positiv zu verabschieden müssen beide Organe zustimmen.¹³⁸

Konferenz der Ausschussvorsitzenden

In dieser Konferenz wird die Arbeit der verschiedenen ständigen und nichtständigen Ausschüsse koordiniert, sowie bei Streitigkeiten zwischen zwei Ausschüssen vermittelt.

Konferenz der Delegationsvorsitzenden

In dieser Konferenz werden die Abläufe der interparlamentarischen Delegationen sowie der Gemischten Parlamentarischen Ausschüssen auf ihre Richtigkeit geprüft sowie die Termine für die Treffen beider koordiniert.

¹³⁷

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=8>

Für weitere Informationen über die Untersuchungsausschüsse siehe

<http://www.europarl.europa.eu/activities/archives/staticDisplay.do?language=DE&id=157> und

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getLastRules.do?language=DE&reference=ANN-09>

¹³⁸

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=8>

5 Die interparlamentarischen Delegationen

„Für die Tätigkeiten der Delegationen geltende Grundsätze

Die Delegationen nehmen die internationalen Kontakte des Parlaments wahr und bauen diese aus.

Die Tätigkeiten der Delegationen sind daher auf der einen Seite darauf ausgerichtet, Kontakte zu den Parlamenten von Staaten zu unterhalten und zu fördern, die traditionell Partner der Europäischen Union sind. Auf der anderen Seite sollen sie dazu beitragen, die Werte, auf denen die Europäische Union beruht, namentlich die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 6 und Artikel 11 Absatz 1 fünfter Spiegelstrich des EU-Vertrags) in Drittländern zu fördern.

Für die internationalen Kontakte des Parlaments gelten die Grundsätze des Völkerrechts.

Die internationalen Kontakte des Parlaments sind darauf ausgerichtet, die parlamentarische Dimension der internationalen Beziehungen zu fördern, wann immer dies möglich und angezeigt ist.“

Quelle:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/delegations/home.do;jsessionid=2A85BBCEECE5E5177521A27DE09A82CA?language=DE> Letzter Aufruf 20.03.2011

Die Aufgabe der Delegationen ist also klar definiert: die Zusammenarbeit mit Parlamenten aus anderen Staaten zu vertiefen und dabei die Werte der europäischen Union zu verbreiten. Die Ausformungen bzw. Wertigkeit

und Einfluss der Delegationen selbst sind aber den vertraglichen Rahmenbedingungen entsprechend unterschiedlicher Natur.

5.1 Typen von Interparlamentarischen Delegationen

5.1.1 Delegationen zu Parlamentarischen Kooperationsausschüssen

Diese Delegationen dienen zur politischen und wirtschaftlichen Annäherung an die EU. Gebildet werden sie im Rahmen von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, und bewegen sich im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts-Politik. Dabei sind sie aber nicht als Weg- und Vorbereiter eines möglichen EU- Beitritts des Landes zu verstehen.¹³⁹ Die Treffen finden in der Regel einmal jährlich statt.¹⁴⁰

Die rechtlichen Grundlagen für die jeweiligen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen werden in den jeweiligen Verträgen festgehalten. Als Beispiel können die PKA von Russland, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien gesehen werden. Diese, insgesamt zehn, Verträge sind sich ähnlich und haben folgende Ziele:

- *die Bereitstellung eines geeigneten Rahmens für den politischen Dialog,*
- *die Unterstützung der Anstrengungen dieser Länder zur Konsolidierung ihrer Demokratie und Entwicklung ihrer Wirtschaft,*
- *die Begleitung ihres Übergangs zur Marktwirtschaft und*
- *die Förderung von Handel und Investitionen.*

¹³⁹ Gahler Gahler, Michael/ Gerrit F. Schlomach: Parlamentarische Diplomatie des Europäischen Parlamentes. In: Dialer, Doris/ Lichtenberger, Eva/Neisser, Heinrich (Hrsg.) Das Europäische Parlament. Institution, Vision und Wirklichkeit. Innsbruck 2010, 334

¹⁴⁰ Gahler Parlamentarische Demokratie, 335

Die Partnerschaften sollen eine Grundlage für die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesetzgebung, Wirtschaft, Soziales, Finanzen, zivile Wissenschaft und Technik und Kultur geschaffen werden.

Quelle:

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm Letzter Aufruf 20.03.2011

Diese Ziele sind allen PKA gemeinsam. In weiterer Folge wird genauer darauf eingegangen, was mit diesen Verträgen bezweckt werden soll:

- politischer Dialog: dieser soll intensiviert und verbessert werden, vor allem durch die Schaffung von interparlamentarischen Delegationen;
- Warenhandel: hier wird eine Meistbegünstigung beider Vertragssignatäre festgelegt, sodass Handelshindernisse ausgeräumt, wie z.B. Zölle gesenkt bzw. abgeschafft werden und keine mengenmäßigen Beschränkungen mehr gelten (für Entwicklungsländer wird diese Regelung für bestimmte Produktgruppen aufgehoben)
- Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen: hier werden zwischen den Vertragspartnern Bereiche definiert, in welchen diese Freiheit nicht gilt, wie etwa auf dem Bankensektor für Russland
- Zusammenarbeit bei Gesetzgebung und Schutz des geistigen Eigentums: bis auf Moldau ist diese Regelung in allen PKA vorhanden
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit: unter diesem Punkt wird eine Kooperation der Signatäre zur Weiterentwicklung der Wirtschaft in den Staaten vereinbart. Konkret betrifft dies etwa Hilfe bei der Umstrukturierung von Wirtschaftszweigen (Landwirtschaft, Energie)

oder Entwicklung von neuen Programmen um die Wirtschaft weiter zu entwickeln, etwa im Bereich des Tourismus oder des Umweltschutzes.¹⁴¹

Darüber hinaus gibt es spezielle Kooperationsfelder, welche nur in einem oder wenigen PKA festgelegt werden:

- *Fragen im Zusammenhang mit Demokratie und Menschenrechten (nur für Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Usbekistan und Tadschikistan);*
- *Prävention unrechtmäßiger Aktivitäten sowie Prävention und Kontrolle der illegalen Einwanderung mit Maßnahmen in den Bereichen Geldwäsche und Bekämpfung von Drogen und illegaler Einwanderung (außer für Kasachstan, die Republik Kirgisistan und Moldau);*
- *Kulturelle Zusammenarbeit;*
- *Finanzielle Zusammenarbeit im Bereich technische Hilfe.*

Quelle:

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm

Letzter Aufruf 20.03.2011

Diese Bereiche sind dann notabene Bereiche, in welchen die Zusammenarbeit mit einem besonderen Augenmerk belegt wird. Sichtbar wird dies in der Weigerung bzw. Verzögerung der Ratifikation des Abkommens des europäischen Parlamentes, das PKA mit Tadschikistan abzuschließen, da die Parlamentarier die menschenrechtliche Lage dort als zu schlecht empfanden, um das Land mit einer vertieften Partnerschaft zu belohnen. Dementsprechend wurde Tadschikistan in einer begleitenden Resolution des Europäischen Parlamentes auf das spezielle

¹⁴¹

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm

Augenmerk hingewiesen, welche das Europäische Parlament auf diesen Punkt legt.¹⁴²

Die Ratifikation der PKA obliegt den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.¹⁴³

5.1.2 Delegationen zu Gemischten Parlamentarischen Ausschüssen

Dieser Typ wird nach Assoziierungsabkommen ins Leben gerufen und liegt einer stärkeren vertraglichen Basis als ein Kooperationsausschuss zugrunde. Er wird unter anderem für Beitrittskandidaten verwendet.¹⁴⁴ Als GPA trifft sich dieser Ausschuss zweimal jährlich mit seinem Gegenpart¹⁴⁵. Beispielhaft sei hier der Vertrag mit Chile angeführt.

Die Grundlagen sind die gleichen wie bei einem PKA, jedoch wird die Zusammenarbeit noch weiter vertieft und auf andere Themengebiete wie etwa Soziales ausgeweitet:

- Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Vereinheitlichung von Normen, Zusammenarbeit im Zollbereich, Pflanzenschutz- und Fischereimaßnahmen
- Wissenschaft, Technologien und Informationsgesellschaft: Informationsaustausch, Zusammenarbeit bei Ausbildungen etc.
- Kultur, Bildung und audiovisueller Sektor: Förderung der Bildungsniveaus, gemeinsame Projekte in Film, Presse und Fernsehen

¹⁴² http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de//FTU_6.4.4.pdf

¹⁴³ Vgl. http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/I/I_00856/fnameorig_139731.html

¹⁴⁴ Gahler Parlamentarische Demokratie, 334

¹⁴⁵

<http://www.europarl.europa.eu/activities/delegations/homeDel.do?body=DEEA&language=DE>

- Verwaltung und interinstitutionelle Zusammenarbeit: Modernisierung der Verwaltung, Know-How Transfer
- Zusammenarbeit im Sozialbereich: Ausarbeitung eines Gesundheitssystems, Einbindung der Sozialpartner, Geschlechtergleichstellung
- Sonstige Kooperationsbereiche: Aufnahme von sich illegal im Staatsgebiet des anderen sich aufhaltenden Personen ohne weitere Formalitäten (wobei ein Rückführungsabkommen auf Wunsch eines Vertragspartners ausgehandelt werden kann), Drogenbekämpfung, organisierte Kriminalität¹⁴⁶

Den Handel betreffend wird beinahe zur Gänze liberalisiert, nur in drei Teilbereichen werden noch Einschränkungen wirksam, diese betreffen eine Verknappungsklausel, um Engpässe zu vermeiden, eine Schutzklausel welche sich an jenen der GATT und WTO anlehnen und schließlich eine Ausnahmeklausel zum Schutz von Gold- und Silberhandel, den in Gefängnissen hergestellten Waren etc.¹⁴⁷

Solche Abkommen verfolgen den Zweck, nicht nur im Bereich des Güterverkehrs zusammenzuarbeiten, sondern darüber hinaus auch Normen und Rahmenbedingungen zu vereinheitlichen, um die Entwicklung beider Länder zu fördern. Vor allem der soziale Aspekt (wie etwa die Förderung des Bildungswesens) ist in diesem Vertrag ein

¹⁴⁶

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14015_de.htm

¹⁴⁷

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14015_de.htm

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14015_de.htm

interessanter Punkt, welcher dann auch Thema bei den Treffen der Abgeordneten ist.¹⁴⁸

5.1.3 Delegationen zur Stärkung bilateraler Beziehungen

Diese Form kann vom Parlament selbst ins Leben gerufen werden und dient zu Stärkung der bilateralen Verbindungen, d.h. dass das Parlament eine verbesserte Beziehung zu einem anderem Parlament errichten will, ohne dass dies durch den Rat der EU gebilligt werden muss, ist also ein echtes Mittel parlamentarischer Diplomatie. Die zweite Möglichkeit einer Errichtung dieser Form ist ein Vertrag der EU mit einem Drittstaat.¹⁴⁹ Ein Beispiel für ein solches Abkommen ist jenes mit Indien, welches 2004 in Kraft trat. Die Gespräche werden über Handel, erneuerbare Energien und Sicherheit geführt. Das Thema Handel ist hier von besonderer Bedeutung, da heuer ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der Europäischen Union unterzeichnet werden soll.¹⁵⁰

5.1.4 Delegationen zu anderen interparlamentarischen Delegationen

In diesen Delegationen sind meist Staaten einer Region zu einer Gruppe zusammengefasst. Innerhalb dieser Gruppe kann es verschiedene Formen der Zusammenarbeit geben, wie zum Beispiel an der weiter unten analysierten DCAS Zentralasien und Mongolei zu sehen ist. Grundlage jeder dieser Kontakte ist aber ein wie auch immer geartetes Handels- und/oder Kooperationsabkommen.

¹⁴⁸

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201008/20100805ATT79794/20100805ATT79794EN.pdf>

¹⁴⁹ Gahler Parlamentarische Demokratie, 334

¹⁵⁰ <http://www.europarl.europa.eu/activities/delegations/homeDel.do?body=D-IN&language=DE>

Die Gründe diese Länder zusammenzufassen sind mehrschichtig: einerseits ist es wirtschaftlich bedingt (nicht alle Länder sind für die EU gleich attraktiv, Freihandelsbeziehungen aufzubauen), andererseits der Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlamentes geschuldet: jedes Mitglied ist in einer dieser Delegationen vertreten, plus Ersatzmitglied in einem anderen.¹⁵¹ Die dadurch erforderliche Arbeit würde die Belastung noch weiter steigern und effektives Arbeiten noch weiter erschweren. Hinzu kommt, dass nicht jeder Abgeordnete zum Europäischen Parlament a) an Außenpolitik interessiert ist und b) in jener Delegation mitarbeiten kann für die er besonderes Interesse aufwendet.¹⁵² Zum dritten sind diese Länder selbst nicht an einer engen Zusammenarbeit interessiert, sei es aus geographischen (Australien) oder politischen (Nordkorea) Gründen. Das Desinteresse zu einer näheren Zusammenarbeit kann natürlich auch von der Europäischen Union ausgehen, insbesondere wenn schwere politische Missstände mit ein Mangel an Ressourcen einhergehen.¹⁵³

5.1.5 Delegationen zu Parlamentarischen Delegationen

Diese Delegationen treffen sich einmal jährlich und behandeln die in den jeweiligen Verträgen festgelegten Themen. Beim Beispiel der AKP-EU Beziehungen ist die rechtliche Grundlage das Cotonou Abkommen. In diesem sind fünf Säulen festgelegt, welche die Zusammenarbeit regeln.

Konkret sind dies:

- Säule I: Politische Dimension: Förderung des politischen Dialoges, Achtung der Menschenrechte, Förderung von good governance

¹⁵¹ Interview MEP Swoboda

¹⁵² Interview MEP Swoboda

¹⁵³ Siehe unten, Vergleich der Länder Zentralasiens hinsichtlich politischer Freiheit und Ressourcenangebot. Kasachstan ist trotz schlechtem Ranking in diversen Demokratieindizes besser mit der EU verbunden als das nur ungleich schlechter gerankte Turkmenistan, welches aber über kaum Ressourcen verfügt. Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tx.html>

- Säule II: Förderung partizipatorischer Ansätze: Einbindung der Zivilgesellschaft und NGOs
- Säule III: Entwicklungsstrategien und Armutsbekämpfung: diese soll durch wirtschaftliche und soziale Verbesserungen sowie durch regionale Zusammenarbeit verbessert werden
- Säule IV: Neuer Rahmen für die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit : Liberalisierung des Handels, Schutz des geistigen Eigentums
- Säule V: Reformierung der finanziellen Zusammenarbeit : Flexibilisierung der Entwicklungshilfe, Übertragung von mehr Verantwortung an die AKP Staaten bei der Festlegung und Überwachung der Ziele und Strategien ¹⁵⁴

Die Paritätische Parlamentarische Versammlung ist in dabei als beratendes Organ vorgesehen, es kann also nur Empfehlungen und Berichte an die Minister richten. Interessant ist die Regelung, falls in einem AKP Staat kein Parlament vorhanden sei:

„Besteht in einem AKP-Staat kein Parlament, so ist für die Teilnahme eines Vertreters dieses Staates die vorherige Zustimmung der Versammlung erforderlich.“

Quelle:

http://europa.eu/legislation_summaries/development/african_caribbean_pacific_states/r12101_de.htm Letzter Aufruf 20.03.2011

Die Treffen der Versammlung finden zweimal pro Jahr abwechselnd in der EU und in Afrika statt. Untergruppen können sich zu regionalen

¹⁵⁴

http://europa.eu/legislation_summaries/development/african_caribbean_pacific_states/r12101_de.htm

Versammlungen treffen, um die Region betreffende Themen zu erörtern.¹⁵⁵

Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Vertragsbestimmungen (besonders betreffend die Achtung der Menschenrechte, des Rechtsstaatsprinzips sowie der demokratischen Grundsätze) beginnen mit einem Konsultationsverfahren, sollte dieses zu keiner Lösung führen, so kann auch eine Aussetzung des Vertrages erfolgen.¹⁵⁶

5.2 Fazit

Die Interparlamentarischen Delegationen sind laut den für sie geltenden Grundsätze für die Verbesserung der Beziehungen zu Parlamenten außerhalb der Europäischen Union zuständig. Dabei wird die Intensität der Beziehungen, das heißt die Frequenz der Treffen und die behandelten Themen, von der Art der Verträge bestimmt, welche die Europäische Union und der Partnerstaat abgeschlossen haben bestimmt. Die Hauptthemen bei den Treffen sind in den meisten Fällen ähnlich gelagert: Menschenrechte, Entwicklung der Demokratie und eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Art der Zusammenarbeit hängt dann in weiterer Folge davon ab, wie sehr die Europäische Union an einer weiteren Vertiefung der Beziehungen interessiert ist, bzw. wie sich das Land entlang der Vorgaben entwickelt. Dass dies bis zum Einfrieren der Beziehungen gehen kann zeigt das Beispiel Belarus, mit welchem es seit Mitte der 1990er keine bilateralen Treffen mehr gegeben hat, sehr wohl aber Oppositionelle und Menschenrechtsgruppen empfangen wurden.¹⁵⁷

¹⁵⁵

http://europa.eu/legislation_summaries/development/african_caribbean_pacific_states/r12101_de.htm

¹⁵⁶

http://europa.eu/legislation_summaries/development/african_caribbean_pacific_states/r12101_de.htm

¹⁵⁷ <http://www.europarl.europa.eu/activities/delegations/homeDel.do?body=D-BY&language=EN>

6 Die Delegation EU-Kasachstan, EU-Kirgisistan und EU-Usbekistan Parlamentarisches Kooperationskomitee, und für die Beziehungen zu Tadschikistan, Turkmenistan und der Mongolei (DCAS)

Dieses Hybridkomitee entstand aus dem Komitee für die Beziehungen zu den GUS Staaten. Hybrid ist dieses Komitee deshalb, weil die formellen Beziehungen zu den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt sind. Während zu Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) 1996 abgeschlossen und 1999 ratifiziert wurden, sind die PKA zu Tadschikistan, Turkmenistan und der Mongolei noch nicht abgeschlossen beziehungsweise im Falle Tadschikistans noch nicht ratifiziert.¹⁵⁸ Dementsprechend sind auch die Reihenfolge bzw. die Häufigkeit der Treffen der Parlamentarier mit den drei letztgenannten seltener als mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan. Erschwerend kommt auch die wirtschaftliche Randlage der sechs Staaten hinzu, keines der Länder erreicht mehr 0,2% der Außenhandelssumme der EU-27¹⁵⁹. Politisch sind alle Staaten welche in der DCAS zusammengefasst sind nicht als hoch entwickelte Demokratien zu sehen (Demokratieindex The Economist¹⁶⁰), wobei die Mongolei als

¹⁵⁸

http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/displayFtu.do?language=de&id=73&ftuid=FTU_6.4.4.html

¹⁵⁹ Vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113409.pdf

http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/kazakhstan/index_en.htm

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113457.pdf

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113453.pdf

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113420.pdf

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113461.pdf

¹⁶⁰ http://www.economist.com/media/pdf/DEMOCRACY_INDEX_2007_v3.pdf

Beste auf Platz 58 geführt wird, während Turkmenistan und Usbekistan auf den Plätzen 164 und 165 von 167 bewerteten Ländern aufscheinen¹⁶¹.

6.1 Protokolle zu den Delegationstreffen

6.1.1 Delegation zu EU-Kasachstan (PKA)

Das PKA mit Kasachstan wurde am 23. Jänner 1995 unterzeichnet und trat am 1. Juli 1999 in Kraft.¹⁶² Die Treffen finden etwa einmal jährlich alternierend in Kasachstan und Brüssel statt, wobei die Themen Menschenrechte, Demokratieentwicklung und Pressefreiheit sowie Korruption¹⁶³ seit je her im Mittelpunkt stehen. Während seitens des EP die Entwicklungen auf den oben genannten Gebieten gelobt werden, werden nichts destotrotz weitere Verbesserungen eingemahnt.¹⁶⁴ Kasachstan sieht die Menschenrechte gut entwickelt, wobei kleinere Defizite eingestanden werden, an deren Behebung aber intensiv gearbeitet werde. Betont wird von kasachischer Seite die Wichtigkeit der Energiereserven des Landes für die EU, sowie die Notwendigkeit der Stabilität Kasachstans um eine effektive Terrorbekämpfung und eine Verringerung des Drogenhandels, welcher sich entlang der ehemaligen Seidenstraße entwickelt hat, gewährleisten zu können.^{165 166 167}

¹⁶¹ <http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy%20Index%202008.pdf>

¹⁶² http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/fd/dcas2004100605_/dcas2004100605_en.pdf

¹⁶³ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/dcas20080331_02/DCA_S20080331_02EN.pdf

¹⁶⁴ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pv/667/667975/667975de.pdf

¹⁶⁵ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cr/626/626903/626903de.pdf

¹⁶⁶ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/dcas20080331_06/DCA_S20080331_06de.pdf

6.1.2 Delegation zu EU-Kirgistan (PKA)

Die Beziehungen des EP zur Dschogorku Kenesch, dem kirgisischem Parlament, wurden am 1. Juli 1999 zu durch die Ratifizierung des PKA auf die heutige Stufe gehoben.¹⁶⁸ Die behandelten Themen sind primär die wirtschaftliche Kooperation bzw. Hilfe zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit¹⁶⁹ in Kirgistan und Menschenrechte¹⁷⁰. 2008 kritisierten die Abgeordneten des EP die Rückschritte im Demokratisierungsprozess Kirgistans, und auch 2009 wiesen die Abgeordneten des EP auf die nicht zufriedenstellende Lage hinsichtlich der Pressefreiheit sowie der grassierenden Korruption hin.^{171 172} Nach den Unruhen im April 2010 und den im Herbst 2010 erfolgten Neuwahlen zeigten sich Beobachter der OSZE zufrieden mit dem Verlauf der Wahl.¹⁷³ Die Delegation des EP besuchte Kirgistan im November 2010, die Protokolle über den Besuch liegen noch nicht vor.

Kirgistan sieht die Schwerpunkte der Zusammenarbeit in der Nahrungsmittelsicherheit, und betrachtet die EU weniger als Handelspartner als „Geber.“¹⁷⁴ In diesem Zusammenhang steht auch die

¹⁶⁷http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/dcas20080331_02/DCA S20080331_02EN.pdf

¹⁶⁸

<http://www.europarl.europa.eu/activities/delegations/homeDel.do?body=DCAS&language=DE>

¹⁶⁹

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/dv/756/756682/756682 de.pdf

¹⁷⁰

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/pv/794/794130/794130 de.pdf

¹⁷¹

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/pv/794/794130/794130 de.pdf

¹⁷²

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/dv/756/756682/756682 de.pdf

¹⁷³ <http://de.euronews.net/2010/10/11/parlamentwahl-in-kirgistan/>

¹⁷⁴

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/dv/756/756682/756682 de.pdf

Zusammenarbeit Kirgistans mit der EU im Rahmen des Grenzschutzprogramms für Zentralasien (BOMCA) und des Drogenaktionsprogramm in Zentralasien (CADAP), welches von der EU finanziert wird.

6.1.3 Delegation zu EU-Uzbekistan (PKA)

Das PKA trat am 1. Juli 1999 in Kraft. Seitdem gab es acht Treffen, das letzte fand Ende Oktober 2010 in Taschkent statt. Themen sind auch hier die Entwicklung der Demokratie und die Menschenrechte sowie die Pressefreiheit. Durch die großangelegte Baumwollproduktion ist ein latenter Wassermangel für die restliche Landwirtschaft zu beklagen sowie weit verbreitete Kinderarbeit, was von den Parlamentariern des EP mehrfach angesprochen wurde. Mittlerweile wurde Kinderarbeit zwar verboten und große Baumwollanbauflächen umgewidmet, doch die Probleme wurden noch nicht zur Zufriedenheit der Parlamentarier gelöst, sodass sie diese Themen immer wieder auf die Tagesordnung setzen.¹⁷⁵

Uzbekistan legt die Schwerpunkte der Gespräche auf die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus sowie auf die Entwicklung der Wirtschaft, wobei mehr Förderung von der EU eingefordert wird.¹⁷⁶ Bezüglich der Kinderarbeit wird argumentiert, dass es eine lange Tradition in Uzbekistan hatte und auch durch das Verbot von Kinderarbeit sich die Mentalität der Usbeken sich nicht so schnell ändern würde. Darüber hinaus festigte die Kinderarbeit die Moral der Heranwachsenden.¹⁷⁷

¹⁷⁵

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/pv/810/810562/810562de.pdf

¹⁷⁶

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/pv/810/810562/810562de.pdf

¹⁷⁷

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/pv/810/810562/810562de.pdf

6.1.4 Delegation für Beziehungen zu Tadschikistan

Das erste PKA zu Tadschikistan fand im März statt. Davor fanden insgesamt vier interparlamentarische Treffen statt, das letzte 2009. Die Schwerpunkte der Gespräche 2005 liegen auf den Menschenrechten sowie auf der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie des Drogenhandels. Besorgnis äußerte die Delegationsleiterin des Parlamentes über die Korruption, welche Tadschikistan auf der Liste von Transparency International auf Platz 144 von 168 gelisteten Ländern führe. Sie wies ebenfalls darauf hin, dass Korruption und Drogenhandel eng miteinander verbunden seien und die Lösung eines Problems alleine nicht möglich sei. Positiv wurden die Bemühungen zur Armutsbekämpfung registriert.¹⁷⁸

6.1.5 Delegation für Beziehungen zu Turkmenistan

Zu Turkmenistan gibt es kaum Beziehungen. Das einzige Treffen fand 2006 statt. Bei diesem Treffen wurden von den MEP die Pressefreiheit, die Menschenrechtslage sowie das Thema Demokratiedefizite zur Sprache gebracht, während von turkmenischer Seite vor allem die verstärkte Zusammenarbeit im Handel, hier vor allem mit dem Export von Erdgas, angesprochen wurde. Anzumerken ist, dass die Delegation keinen Abgeordneten getroffen hatte, der einzige Kontakt zum Majlis, des turkmenischen Parlamentes, war ein Treffen mit dem Präsidenten des Majlis.

¹⁷⁸

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cr/598/598173/598173de.pdf
f Die Dokumente zum Treffen 2009 waren bei Abschluss der Arbeit noch nicht verfügbar.

Für 2010 war ein Treffen geplant, kam aber nicht zustande.¹⁷⁹

6.1.6 Delegation für Beziehungen zu Mongolei

Mit der Mongolei gab es bisher sieben interparlamentarische Treffen. Die behandelten Themen waren die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen sowie die Steigerung der Effektivität der Hilfe, welche die EU der Mongolei zukommen lässt. Für 2010 war ein Treffen in Ulaan Batar geplant, welches aber nicht zustande kam.¹⁸⁰

6.1.7 Fazit

Die interparlamentarischen Beziehungen zu den Ländern Zentralasiens und der Mongolei sind unterschiedlich ausgeprägt. Während die Treffen mit Kasachstan minutiös vorbereitet werden, wurden zur Vorbereitung auf den Besuch in Turkmenistan Artikel von Menschenrechtsorganisationen als Vorbereitungsunterlage präsentiert^{181 182 183}. Hier zeigen sich einerseits die Unterschiede in den Wertigkeiten der Staaten Zentralasiens innerhalb der Delegation, andererseits aber auch die formelle Bevorzugung Kasachstans in der Delegation. Dies ist mehreren Faktoren geschuldet. Während mit Kasachstan seit 1999 das PKA in Kraft ist und die

¹⁷⁹

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cr/624/624770/624770de.pdf

¹⁸⁰http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/dcas20090312_04/dcas20090312_04en.pdf

¹⁸¹

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/dcas20070123_pressturkmen1_/dcas20070123_pressturkmen1_en.pdf

¹⁸²

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/oj/816/816068/816068de.pdf

¹⁸³

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/oj/813/813529/813529de.pdf

Delegationen dementsprechend oft Treffen abhielten, wurde mit Turkmenistan nur ein Treffen absolviert. Ob dies nur auf die Menschenrechtslage zurückzuführen ist sei dahingestellt, es ist aber in den Protokollen ein Unterschied zu erkennen, ob es sich um ein autokratisches Land mit großen Energiereserven handelt oder nicht.¹⁸⁴ Innerhalb der Delegation kann zwischen aktiven und weniger aktiven MEP unterschieden werden, was auch von MEP Swoboda bestätigt wird.¹⁸⁵ Interessant ist die Aufforderung eines MEP, Griechenland solle das PKA mit Tadschikistan ratifizieren, damit es in Kraft treten könne. Ein Zusammenhang mit den Gasreserven soweit der geplanten Nabucco Pipeline ist wohl nicht von der Hand zu weisen.

Zwei Themen dominieren die Gespräche: eine in den Augen der MEP unterentwickelte Demokratie in den Ländern Zentralasiens (auch wenn die Kritik unterschiedlich stark ausfällt) sowie das Bemühen, die wirtschaftlichen Bande, vor allem über den Rohstoffexport, zu stärken. Bei den Menschenrechten liest man große Auffassungsunterschiede heraus, so zum Beispiel wenn der usbekische Abgeordnete meint, Kinderarbeit auf den Baumwollfeldern „stärke die Moral“¹⁸⁶ und sei in der usbekischen Gesellschaft tief verankert. Abgesehen davon sei die Baumwollanbaufläche einerseits massiv geschrumpft, was weniger Kinderarbeit bedeute, und vollständig in privaten Händen, sodass der Staat hier kaum Einflussmöglichkeiten habe. Eine ähnliche Aussage eines Mongolen ruft hingegen Verständnis bei einer Abgeordneten hervor, da die Kinderarbeit bei Nomaden gleichzeitig die Ausbildung für das weitere

¹⁸⁴ Vgl.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cr/624/624770/624770de.pdf

Und

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cr/626/626903/626903de.pdf

¹⁸⁵ Vgl. Interview mit MEP Swoboda

¹⁸⁶

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dcas/pv/810/810562/810562de.pdf

Leben sei und deswegen nicht mit Kinderarbeit in industrialisierten Ländern verglichen werden kann.¹⁸⁷

Auf der wirtschaftlichen Ebene wird häufig die grassierende Korruption in den Ländern der DCAS angeprangert. Die Reaktionen darauf sind einerseits Gelöbnisse die Situation zu verbessern (wie im Übrigen bei allen angesprochenen Kritikpunkten) andererseits der Hinweis, dass auch in Europa Korruption herrsche und sogar die Kommission davon betroffen sei.¹⁸⁸ Bezüglich der Verletzung von Menschenrechten und der Pressefreiheit wird argumentiert, dass auch in der EU die persönliche Freiheit der Menschen eingeschränkt sei, in dem man zum Beispiel im Parlamentsgebäude nicht rauchen dürfe, im übrigen seien Menschenrechte aus verschiedenen kulturellen Blickwinkeln unterschiedlich interpretierbar.¹⁸⁹

6.2 Medienberichte in den Ländern der DCAS

Medienberichte in den Ländern Zentralasiens zu den europäischen Delegationen welche sie besuchen sind in englischer Sprache schwer auffindbar. Dies hat mehrere Gründe: zum ersten ist russisch, nicht englisch, die Verkehrssprache in den zentralasiatischen Republiken und der Mongolei, da sie die längste Zeit Bestandteil der Sowietunion gewesen waren oder sich wie die Mongolei stark an Russland angelehnt hatten. Zum zweiten ist die Mediensituation in den untersuchten Ländern immer wieder der Kritik von Menschenrechtsorganisationen ausgesetzt, da unliebsame Reporter durch fadenscheinige Anklagen aus dem Verkehr

¹⁸⁷http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/dcas20090312_04/dcas20090312_04en.pdf Fr, Jeggle

¹⁸⁸

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/dcas20080331_02/DCAS20080331_02EN.pdf

¹⁸⁹

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cr/624/624770/624770de.pdf

gezogen werden bzw. ihnen die Arbeit verunmöglicht wird.¹⁹⁰ Ein weiterer Faktor ist die mangelnde Internetinfrastruktur in den zentralasiatischen Staaten, wodurch Internetpräsenzen zusätzlich erschwert werden. Zu guter Letzt ist auch die Anzahl der Treffen beschränkt, wodurch eine weitere Einschränkung Anzahl der Berichte gegeben ist.

6.2.1 Kasachstan

Ein Artikel vom 25.9 2002 behandelt den Besuch der Delegation des EP in Kasachstan. Die behandelten Themen, Ökologie, Abschaffung der Todesstrafe, die Bekämpfung neuer Bedrohungen, sowie die Freiheit von Religion und Medien werden aufgelistet, Ergebnisse aber nicht präsentiert.¹⁹¹

Der nächste Eintrag betreffend das Europäische Parlament vom 1.10.2005 behandelt ein Treffen des DCAS in Brüssel mit kasachischen Oppositionspolitikern und dem kasachischen Botschafter. Behandelt wurden die bevorstehenden Wahlen in Kasachstan, wobei die Opposition bemängelte, dass ihre Kandidaten nicht mit gleich langen Spießen ausgestattet sei wie der amtierende Präsident, da unter anderem die Ressourcen der Verwaltung aktiv verwendet werden würden. Der offizielle Vertreter Kasachstans hielt dem entgegen, dass Umfragen von unabhängigen Instituten der amtierende Präsident auf 65% der Stimmen zählen könne und deswegen eine Verwendung der öffentlichen Mittel bei den Wahlen gar nicht notwendig sei. Auch sei ein neues Gesetz verabschiedet worden, welches jedem Bürger ermögliche, den freien und fairen Ablauf der Wahlen zu beobachten. Der Artikel berichtet im letzten Teil von einem Gespräch zwischen MEP Vatanen und

¹⁹⁰ [http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews\[tt_news\]=1065&tx_ttnews\[backPid\]=59#1065](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews[tt_news]=1065&tx_ttnews[backPid]=59#1065)

¹⁹¹ <http://www.inform.kz/eng/article/2012168>

Oppositionspolitikern aus Kasachstan, zu welchem auch andere MEPs geladen waren, aber, wie der Artikel bemerkt „ was not on particular interest to the deputies“. Auch war dem kasachischen Vertreter des Mediums die Teilnahme an dem Gespräch nicht erlaubt worden, was in den letzten Zeilen des Artikels bemängelt wird.¹⁹²

Der aktuellste Artikel stammt vom 4.12.2009 und behandelt ein Treffen zwischen dem Botschafter Kasachstans in Brüssel mit dem Leiter der DCAS. Dabei wurden der Status und die weiteren Schritte in der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und dem EP erläutert. Dabei hob der Leiter der DCAS Delegation die Fortschritte Kasachstans in den Bereichen „field of tolerance, interethnic and inter-confessional accord“ und äußerte den Wunsch, die Erfahrungen des kasachischen Parlamentes aus erster Hand kennen zu lernen. Der kasachische Botschafter lud die DCAS daraufhin zu einem Besuch ein und kündigte die Abhaltung von „Tagen des kasachischen Parlamentes“ in Brüssel an. Beide Seiten verständigten sich darauf, Kontakt zu halten um die Verbindung des EP und Kasachstan zu stärken und zu vertiefen.¹⁹³

6.2.2 Kirgistan

Ein Artikel erschien am 27.10.2008 im Vorlauf zum Besuch der Delegation des EP. Darin wurde über das Treffen vom 29 bis 30. Oktober des Jahres informiert, welches laut Artikel über die demokratischen Prozesse Kirgisistans Zeugnis ablegt. Die kommende Session sei dazu da, den Grundstein der Zusammenarbeit der beiden Parlamente für die nächsten fünf Jahre zu legen und die interparlamentarischen Beziehungen zu stärken. Der Artikel schließt mit der Bemerkung dass das kirgisische

¹⁹² <http://www.inform.kz/eng/article/2136591>

¹⁹³ <http://www.inform.kz/eng/article/2217771>

Parlament für größtmögliche Transparenz Sorge und deswegen die Arbeitssitzungen der Presse zugänglich mache.¹⁹⁴

Ein Artikel vom 30.10.2008 behandelt den Besuch der Delegation des EP in Kirgisistan. Hierbei wurden Stimmen laut, welche das neue Gesetz zur Regelung der Religionsfreiheit kritisierten. Beanstandet wurden die kurze Begutachtungszeit des Gesetzes sowie die neuen Einschränkungen für manche Religionsgemeinschaften. Ein Vertreter des kirgisischen Parlamentes wies darauf hin, dass die Diskussion lang genug gedauert habe. Außerdem seien die Bedenken von religiösen Gruppierungen und Experten berücksichtigt worden sowie von der OSZE 50 Seiten an Kommentaren übermittelt worden. Des Weiteren waren weitere aktuelle politische Themen auf der Tagesordnung.¹⁹⁵

Ein weitere Meldung vom 30.10. 2010 berichtet über die Mitglieder des EP und deren Unterrichtung über das politische Klima in Kirgisistan. Dabei wurden die letzten Wahlergebnisse, die Legitimität des gegenwärtigen kirgisischen Parlamentes und die weitere Richtung von Demokratisierungsplänen diskutiert. Weitere Themen waren die Einschränkungen der Entfaltungsmöglichkeiten der Opposition, die Umsetzung von Gesetzen, sowie die Einbindung der Zivilgesellschaft und der Opposition in den Gesetzesbildungsprozess. Die Vorsitzende der EP Delegation meinte dennoch, dass trotz der Schwierigkeiten welche der Demokratisierungsprozess in Kirgisistan habe ein positiver Eindruck überwiege. Langfristig sei das Ziel des EP die Stärkung des kirgisischen Parlamentes in folgenden vier Bereichen: die Etablierung von Expertise im kirgisischen Parlament und eine Verbesserung der Qualität der verabschiedeten Gesetze, die Öffnung des kirgisischen Parlamentes und eine bessere Einbindung der Zivilgesellschaft in den Gesetzbildungsprozess, Verbesserung der parlamentarischen

¹⁹⁴ <http://eng.24.kg/politic/2008/10/27/6378.html>

¹⁹⁵ <http://eng.24.kg/politic/2008/10/30/6396.html>

Kontrollmechanismen sowie die Professionalisierung des Verwaltungsapparates.¹⁹⁶

Am 31.10 2008 wird über ein Treffen der Delegationsleiterin des EP mit dem kirgisischen Außenminister berichtet. Laut Artikel begrüßt der Außenminister die produktive Zusammenarbeit der EU mit Kirgisistan, welche vor allem dank der EU- Zentralasienstrategie verbessert werden konnte. Themen wie Handel, wirtschaftliche Entwicklung sowie eine erhöhte Investitionsbereitschaft europäischer Konzerne seien von großem Interesse. Handkehrum sprach die Delegationsleiterin ihre Unterstützung für eine weiter gute Zusammenarbeit zwischen der EU und Kirgisistan und den Parlamenten im speziellen.¹⁹⁷

6.2.3 Usbekistan

Am 23.3.2007 wurde in der Zeitung „Uzbekistan Today“ ein Artikel veröffentlicht, welcher den Besuch der Delegation der Europäischen Delegation in Usbekistan behandelt. Nach einem Rückblick auf das fünfte Treffen 2004 in Brüssel, bei dem demokratische Reformen, Menschenrechte sowie die politische und wirtschaftliche Entwicklung Usbekistans behandelt worden waren, wurde über die aktuelle Session berichtet. Der Vorsitzende der usbekischen Delegation hob hervor, dass die Menschenrechte sowie demokratische Spielregeln im Zentrum der Entwicklung des Landes stünden. So wären in den Jahren zuvor Maßnahmen ergriffen worden, um Usbekistan zu einem Mehrparteienstaat zu machen, was durch Änderungen der Verfassung erreicht wurde. Dies sei laut dem Vorsitzenden auch durch europäische und japanische Politikwissenschaftler anerkannt worden. Darauf folgte eine angeregte Diskussion zwischen den Teilnehmern der Delegationen, wobei sich die Gespräche um Themen Demokratie und Menschenrechte drehten. Des

¹⁹⁶ <http://eng.24.kg/politic/2008/10/30/6400.html>

¹⁹⁷ <http://eng.24.kg/politic/2008/10/31/6403.html>

weiteren seien Maßnahmen zur Terrorbekämpfung, des Drogenschmuggels und der organisierten Kriminalität besprochen worden; auch die Beziehungen und die Möglichkeiten der Vertiefung der Beziehungen der beiden Parlamente waren Diskussionsstoff. Abgerundet wurde der Besuch durch einen Besuch des Senates der Republik Usbekistan, bei dem die Stellvertretende Vorsitzende des Senates einen Ein- und Überblick über die Arbeitsweise und Themen der Kammer machte. Die Leiterin der Delegation des EP wurde zitiert mit den Worten, dass sie sich sehr freue von einer Frau empfangen zu werden, wobei sie auch auf die wachsende Anzahl an Frauen im EP hinwies. Die Gespräche seien sehr konstruktiv und offen verlaufen, und auch die politischen Veränderungen im Land wurden positiv hervorgehoben. Eine weitere Stärkung der Beziehungen zwischen dem EP und Usbekistan wie auch mit der ganzen Region seien wünschenswert, schließt der Artikel.¹⁹⁸

Der Artikel vom 30.3. 2007 behandelt den Besuch der DCAS in Taschkent und gibt ein Statement eines MEP, John Attard Montalto aus Malta wieder. Er kommentiert die Gespräche als erfolgreich und fruchtbar, da in dem Treffen die demokratischen, sozialen und ökonomischen Fortschritte des Landes diskutiert wurden sowie Fragen welche gemeinsame Interessen betreffen behandelt wurden. Auch das eine Vertiefung der interparlamentarischen Beziehungen wünschenswert wäre wurde festgehalten. Weiters führte er aus, dass Zentralasien eine wichtige Region für die Eu sei, wobei Usbekistan eine führende Rolle in der Region einnehme, dies unter anderem aufgrund der geographischen Lage, andererseits aber auch aufgrund der Energie und Erzvorräte. Darüber hinaus sei ein enormes Potenzial für Tourismus vorhanden, da ein reichhaltiges historisches und kulturelles Erbe nebst Sehenswürdigkeiten

¹⁹⁸ http://www.ut.uz/eng/world/uzbekistan_eu_perspectives_of_cooperation.mgr

vorhanden sei, was Touristen aus der ganzen Welt anlocken werde. Er werde aus Usbekistan einen sehr guten Eindruck mitnehmen.¹⁹⁹

Am 28.10.2010 wurde auf der Homepage der Regierung Usbekistans ein Artikel online gestellt welcher den letzten Besuch des EP in Usbekistans behandelt. Laut Artikel wurde eine weitere Vertiefung der Beziehungen diskutiert, sowie die gegenwärtige Lage der Beziehungen analysiert. Weitere Themenfelder waren finanzieller, wirtschaftlicher, menschenrechtlicher und gesetzlicher Natur. In weiterer Folge stellt der Artikel die Themengebiete in welchen die EU und Usbekistan zusammenarbeiten vor, welche zum Beispiel Transport, Bildung, regionale Sicherheit und Stabilität und den Wiederaufbau Afghanistans betreffen. Den Abschluss bildet ein Absatz welcher den Beginn der Zusammenarbeit des EP und des usbekischen Parlamentes im Jahr 2000 mit einer Stärkung derselben beschreibt.²⁰⁰

6.2.4 Tadschikistan

Zu Tadschikistan konnten kein verwertbares Material gefunden werden. Auf der offiziellen Homepage des tadschikischen Parlamentes ist zwar ein Unterpunkt „International Relations“ zu finden, die Seite selbst ist jedoch leer. Auch die Sitesearch nach „European Parliament“ blieb ohne Erfolg.²⁰¹

¹⁹⁹ http://www.ut.uz/eng/world/mep_comments_on_european_parliaments_visit.mgr

²⁰⁰ <http://www.gov.uz/en/press/politics/6933>

²⁰¹ http://parlament.tj/en/index.php?option=com_content&task=view&id=15&Itemid=15

6.2.5 Turkmenistan

Die einzige Onlinepräsenz turkmenischer Öffentlichkeit ist vom Staat kontrolliert. Erst im Jahr 2010 wurde die erste private Tageszeitung vom Arbeitgeberverband herausgegeben, ist aber nur im Druck sowie in russischer und turkmenischer Sprache erhältlich.²⁰² Auf der Homepage turkmenistan.ru ist ein Artikel zu Thema Europäische Union zu finden, welcher den Besuch Barrosos im Jahr 2009 behandelt. Über die Beziehungen der beiden Parlamente wird nicht berichtet.²⁰³ Ansonsten waren keine Artikel zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Turkmenistans zu finden.

6.2.6 Mongolei

Der einzige Artikel welcher sich auf der sonst sehr guten Internetpräsenz der Ulaan Baator Post befand stammt aus dem Jahr 2007 und behandelt das 6. Treffen der Delegationen. Der Text erwähnt das Treffen der Delegation mit dem mongolischen Präsidenten, dem Premierminister und dem Außenminister. Die besprochenen Themen waren die nähere Zusammenarbeit im Bereich des Handels, der Finanzen und der Wirtschaft, aber auch die politische Situation in der Mongolei als auch in

²⁰² <http://www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=first-private-newspaper-published-in-turkmenistan-2010-09-21>

²⁰³

http://www.turkmenistaninfo.ru/?page_id=6&type=article&elem_id=page_6/magazine_114/1005&lang_id=en

In diesem Zusammenhang ist auch ein Blogeintrag zu erwähnen, welcher die Kontrolle des Informationsflusses betrifft. Analysiert wird zwar der Einfluss Russlands auf die Medien bzw. die Informationsweitergabe, jedoch ist es bezeichnend dass laut Blogeintrag die russischsprachige und englischsprachige Version stark voneinander abweichen. Vgl.

<http://thetranslatorscafe.wordpress.com/2008/07/13/russia-to-cyrillicize-the-internet/>

der europäischen Union sowie Menschenrechte soziale Themen standen auf der Agenda. Genauere Ergebnisse werden nicht aufgeführt.²⁰⁴

6.2.7 Fazit

Das Medienecho ist nicht überwältigend, nur sehr wenige Artikel zu diesem Thema waren online verfügbar. Der Tenor der Artikel spiegelt aber die Intentionen bzw. Grundlagen der Parlamentarischen Delegationen wieder, in welchen Demokratie und Menschenrechte als das Hauptthema definiert werden. Die wirtschaftliche Komponente, d. h. die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen der Partner ist weniger dominant. Wenn dieses Thema in den Berichten genannt wird, so ist meist von besserer Zusammenarbeit im Rohstoffsektor bzw. von Handelserleichterungen die Rede.

204

http://ubpost.mongolnews.mn/index.php?option=com_content&task=view&id=663&Itemid=37

7 Interview mit MEP Swoboda

Dieses Interview fand im 31. Mai 2010 in Wien statt, deswegen sind aktuelle Entwicklungen nicht berücksichtigt.

Wie entscheidet sich die Zusammensetzung der Delegationen? Wird das innerhalb der Fraktionen vorher ausverhandelt?

Die Zusammensetzung der Delegationen, was die Anzahl der Mitglieder betrifft und auch was die Anzahl der Mitglieder pro Fraktion in der Delegation wird natürlich durch die Stärke der Fraktion im Parlament bestimmt, dann wird auch eingeteilt wer den Vorsitz hat in den Delegationen, und dann wird in den Fraktionen gefragt wer sich für welche Delegation interessiert, und dann wird versucht das in der Fraktion abzugleichen. In den letzten Jahren war ich das der in der Funktion als stv. Vorsitzender die Plätze verteilt habe. Man versucht dann natürlich Kompromisse zu finden.

Sie sind Mitglied in der Zentralasien Delegation und in der USA Delegation. Welche der beiden Delegationen ist leichter zu besetzen?

USA war ziemlich schwierig, wir hatten mehrere Personen, deshalb haben wir die Delegation auch größer gemacht. Wie gesagt, da ich länger in Delegationen war die nicht überansprucht waren, war ja lange Zeit auch stellvertretender Vorsitzender für Osteuropa, war es ja mich als einer der das ganze einzuteilen hat nicht so schwierig d hineinzukommen. Es hat schon Zeiten gegeben in denen die USA noch nachgefragter waren, aber wie gesagt das ist dann die Sache der Anciennität, wenn man länger dabei ist hat man dann einen gewissen Vorsprung was begehrte posten betrifft vor anderen.

Welche Rolle spielen Ersatzmitglieder?

Es ist so dass sich leider viele Leute melden für gewisse Delegationen dann aber oft nicht die Zeit oder genügend Interesse oder man interessiert sich für ein andere Delegation und dort war der Platz schon vergeben haben und die arbeiten dann weniger aktiv in den Delegationen. Es kann auch sein für das Land der Vollmitglieds Platz in der Delegation schon vergeben ist und man nur mehr als Ersatzmitglied in diese Delegation hineinkommt. Es gibt auch Delegationen die nicht so begehrt sind und da kann es dann schon sein dass da Leute hineinkommen die dann nicht so engagiert sind.

Sie waren bei der konstituierenden Sitzung der Zentralasiatischen Delegation Gründungsvorsitzender. War dies aus Gründen der Anciennität?

Ja.

Wer plant Reisen der Delegationen?

Es gibt Sekretariate (2,3 Leute) für die Delegationen die so etwas planen, natürlich mit der EU vor Ort. Der Plan wird dann den Parlamentariern vorgelegt und diskutiert oder unbestätigt oder abgeändert. Treffen mit dem der anderen Seite werden natürlich mit dem Sekretariat des anderen Parlamentes vereinbart. Außerhalb des Parlaments werden die Treffen von der Vertretung der EU vor Ort organisiert, mit Oppositionellen oder NGOs z. B.

Sind Präferenzen einiger Nationen für gewisse Regionen gegeben?

Ja die Spanier für Südamerika, die Portugiesen auch, für Brasilien, die Italiener Franzosen für Maghreb/Maschrek und Türkei, die Osteuropäer für Osteuropa. Ich bin nicht sehr begeistert davon dass einige ihre Fürstentümer sozusagen haben. Es gibt Gott sei Dank doch immer wieder auch Kollegen die sich auch für andere Gegenden interessieren, Kollegen

aus Frankreich die sich für Zentralasien interessieren, Kollegen aus Osteuropa die sich für Lateinamerika interessieren. Aber gerade in den Südländern gibt es immer wieder eine Präferenz für ehemalige Kolonialgebiete, so auch von den Engländern. Dies zum Teil auch weil Migrantinnen aus diesen Ländern auch Zuwanderern und man dann eine engere Beziehung hat. In Großbritannien z.B. ist das Pakistan, Bangladesch, Indien, und so weiter wollen aus diesem Geiste heraus Mitglieder in den Delegationen stellen.

In welcher Reihenfolge werden die Staaten Zentralasiens „behandelt“? Ist es die Reihenfolge in welcher mit ihnen Beziehungen aufgenommen werden? Nach Dringlichkeit?

Es ist eigentlich danach organisiert wie weit die Beziehungen zu den Ländern formalisiert sind.

Sie haben sich zu Frauenrechten in Kasachstan gemeldet. Kann man daraus jetzt schließen dass sie sich innerhalb der Delegation auf Kasachstan konzentrieren?

Ich war leider letzte Woche krank, deswegen musste ich auch die Kasachstan reise absagen. Aber es ist so, dass einerseits gewisse NGOs einen auf Probleme aufmerksam machen was dort hat, andererseits ist es ein Land das gerade den Vorsitz in der OSZE führt und daher macht man auf sowas besonders aufmerksam. Aber es ist natürlich auch ein rohstoffreiches Land, Erdöl und Erdgas, also gibt es auch gewisse wirtschaftliche Interessen

Sie sind auch Koordinator für den EU beitritt Kroatiens. Wo würden sie Ihren Schwerpunkt sehen in ihrer außenpolitischen Arbeit?

Kroatien ist natürlich auch ein Schwerpunkt. Als Berichterstatter ist letztendlich maßgeblich dafür verantwortlich dass das Parlament auch dem Beitritt des Landes zustimmt. Das ist also eine Rolle auf die man besonderes Augenmerk legt. Aber es ist eine Frage des persönlichen Derangements, ich komme zum Beispiel gerade von einer Wahlbeobachtungsmission aus Georgien zurück, aber auch Südosteuropa, die Türkei, das sind wichtige Regionen die mich interessieren, aber das hat mit Delegationen weniger zu tun. Ich war ja auch in der Georgien Delegation, aber dort konnte ich niemanden verdrängen weil ich mir ja schon die USA Delegation geschnappt hab.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit den Delegationen mit der Kommission aus? Im Rahmen der Recherchen habe ich herausgefunden dass sich in Treffen der Delegationen und auch vor Ort dann immer wieder Kommissionsmitarbeiter zu Wort melden.

Die Kommission führt dann ja die konkreten Verhandlungen über abkommen etc. Sie haben ja auch die genauen Informationen über das Land. Der Vertreter der Kommission, jetzt der Vertreter der ei, nachdem sie immer vor Ort sind haben sie ja auch die genauen Informationen. Der Vertreter des Rates ist dann immer auch bei den vorbereitenden Sitzungen der Delegation dabei. Und mit dem Exbotschafter vor Ort werden dann Positionen abgeklärt weil er ja am meisten Informationen hat.

Das heißt die Delegationen sind im Prinzip „good will“ Aktionen?

Naja, Goodwill, etwas mehr ist es schon. In vielen Fällen ist durch den Druck auf den man dort trifft das dann im Land sich etwas ändert, dass dort eine Diskussion ausgelöst wird. Man trifft dort ja dann den Präsident und Außenminister, die diskutieren auch über die Resolutionen die das

Parlament verfasst, also für die Länder ist die Kritik die aus dem EU Parlament kommt schon auch unangenehm.

Wie sieht es mit der Medienpräsenz aus? Gibt es eine Resonanz auf ihre Besuche?

In den Ländern ist das ein großes Ding. Bei den Gesprächen die man führt sind dann natürlich auch Medienvertreter dabei. Man sieht sich dann 20 Kameras gegenüber, was dann berichtet wird ist dann natürlich selektiv. Als wir in Algerien waren als erste EU Delegation war das dann auch in der EU eine Meldung wert, aber sonst wird da kaum etwas berichtet.

Zur Zeit der Georgien Krise war ja auch eine adhoc Delegation des Parlamentes dort. In den Medien wurde aber nur Sarkozy in seiner Funktion als Ratspräsident bei Medwedew in Moskau präsent. Ist so etwas nicht frustrierend?

Es ist nicht so schlimm, weil in den Ländern wird das genau registriert, dass man da ist. Aber das wichtige ist nicht dass man in den Medien so präsent ist oder dass man in weit entfernten Ländern auftritt, In den USA oder China, es ist wichtiger in unmittelbarer Nachbarschaft etwas zu bewirken, etwa am Balkan oder in der Schwarzmeerregion.

Wie gehen Sie damit um, wenn ihnen ein nicht ganz so frei gewählter (es offensichtlich bei den Wahlen zum Parlament Unregelmäßigkeiten gegeben hat) Parlamentarier gegenüber sitzen?

Ich hab da kein Problem damit, dass die Parlamentarier weniger frei gewählt sind als bei uns, das Problem ist dass sie weniger Möglichkeiten haben. Deswegen ist es wichtig mit den wirklich wichtigen politischen Machthabern zu sprechen, mit dem Präsidenten oder mit Ministern. Weil sonst ist das eine sehr matte Sache. Meistens ist es der erste Tag oder

der letzte Tag einer Reise an dem man sich mit den wirklich potenten politischen Kräften, also dem Präsidenten oder Ministern trifft. Oder auch mit Oppositionsführen.

Ich habe einen Delegationsplan für Südkorea gesehen welcher sich wie eine tour de Force durch südkoreanische Restaurants gelesen hat. Kann es sein das manche Delegationen getarnte Urlaubsreisen sind?

Also am Abend ist es normal dass man mit den Leuten essen geht. Es natürlich so, dass manche Länder glauben sie müssen so etwas anbieten. Es gibt dann am Abend meistens irgendein essen oder sonstiges Programm. Sie glauben etwas Besonderes bieten zu müssen, und dann irgendwelche Bürgermeister sich mit der Delegation treffen wollen. Aber das will ich nicht, ich bin nicht in diesem Land um mich mit irgendeinem Bürgermeister und seiner Frau zu treffen, ich will die wirklich wichtigen Leute treffen Da lockert sich dann auch die Zunge und man kann offener über Themen sprechen und das gegenüber kann vom vorgegebenen Text abweichen und es wird nicht jedes Wort das er von sich gibt mitgeschrieben und kontrolliert wird.

Im deutschen Bundestag gab es den Fall einer Delegation, die in Kalifornien eine Zeitlang in Disneyworld verbrachte, deswegen die Frage.

Normalerweise ist es so dass man wirklich von einem Treffen zum anderen jagt. Aber deswegen bin ich ja der Meinung dass Familienmitglieder nichts auf so einer Reise verloren haben, denn wenn man von der Partnerin begleitet wird ist die Versuchung natürlich groß. Aber ich möchte meine freie Zeit mit meiner Familie verbringen und nicht mit den Kollegen vom Parlament, also stellt sich diese Frage für mich nicht.

Gibt es irgendein Konkretes Ergebnis, von dem Sie sagen können es ist auf einen Delegationsbesuch zurückzuführen?

Schauen Sie, effektiv verhandelt die Kommission, aber die Delegationen sind dazu da das Stimmung gemacht wird und das Abkommen zustande kommen, das Ganze ist dann das Ergebnis des Bohrens dicker Bretter, und da kann man dann nicht festmachen woran es gelegen hat. Es ist wichtig wie eng die Beziehung zu einem Land ist, ob man es auch abseits von Delegationen besucht, dann ist der persönliche Kontakt viel besser, da man das Land und die Personen dort besser kennt.

7.1 Analyse des Interviews

Die Aspekte, welche MEP Swoboda in diesem Interview angesprochen hat sind äußerst aufschlussreich: zum einen kommt es auf die Dauer der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament darauf an, ob man in die gewünschte Delegation entsandt wird oder nicht. Durch seine Anciennität war es MEP Swoboda möglich, in die Delegation zu den USA zu gelangen, die Mitgliedschaft in der DCAS Delegation war anscheinend nicht von ihm erwünscht. Es liegt also nicht nur am Interesse eines Parlamentariers, ob er in eine Delegation aufgenommen wird oder nicht, er muss zuerst innerhalb der Fraktion durchsetzen um in seiner präferierte Delegation mitarbeiten zu können.

Des Weiteren wird durch dieses Interview deutlich, dass nicht alle Delegationen gleich begehrt sind. Während bei manchen Mitgliedsstaaten die Schwerpunkte klar definiert sind und dementsprechend die Plätze in den Delegationen vergeben werden(notfalls auch durch Vergrößerung der Delegationen), gibt es andere Regionen der Welt welche bei den Parlamentariern nicht im Fokus liegen. Zu diesen dürfte auch die DCAS gehören, in welcher die Mitgliedschaft von MEP Swoboda quasi als Kompensation zu seiner Mitgliedschaft in der USA Delegation gesehen wird.

Auch die Wichtigkeit des informellen Aspektes dieser Besuche wird betont. So sei es abseits des Protokolls einfacher, die wirklich heiklen Dinge zu besprechen. Auch der persönliche Kontakt, welcher von MEP Swoboda betont wird, soll zu besseren Ergebnissen beitragen, wobei die Kontakte durch Besuche abseits einer Delegationsreise das Gesprächsklima noch weiter verbessern würden. Dass hiervon in den offiziellen Dokumenten nichts zu lesen ist ist naheliegend.

Die Aspekte Menschenrechte und Demokratie nehmen für MEP Swoboda einen großen Platz ein. Hier ist interessant zu bemerken, dass NGOs wichtige Stichwortgeber für die Delegationen sind, und ebenso gehört werden wie Vertreter der Opposition. Die wirtschaftlichen Aspekte obliegen MEP Swoboda zufolge eher der Kommission, welche mit ihren ständigen Vertretern die meiste Arbeit in diesem Gebiet leisten würden.

Betreffend die teilweise schwache Ausprägung der Befugnisse der Parlamentarier bzw. das Zustandekommen ihrer Wahl ist laut Swoboda kein Problem, man müsse versuchen, mit den wirklich wichtigen Personen in diesem Land in Kontakt zu treten , um Veränderungen zu bewirken.

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist laut MEP Swoboda in den besuchten Ländern vorhanden, die Berichterstattung selbst sei dann aber selektiv. Die mangelnde Resonanz innerhalb der Europäischen Union sieht er nicht als Problem, wichtig sei dass man in den besuchten Ländern wahrgenommen werde. Außerdem sei eine Nachbarschaftspolitik im engeren Umfeld wichtiger.

Mit der ursprünglich zu dieser Arbeit führenden Frage, ob die Delegationen für Urlaube mit der Familie oder für kulinarische Reisen missbraucht werden reagiert MEP Swoboda abweisend. Für ihn seien diese Besuche kein Urlaub, da sie voll mit Terminen seien. Auch dass Bürgermeister sich mit der Delegation treffen wollten sei ihm klar, er wolle jedoch die Entscheidungsträger treffen, und ein Bürgermeister sei dies nicht.

8 Conclusio

Die Delegationen als Augen und Ohren des Parlamentes, so beschreibt Gahler sie in seinem Beitrag.²⁰⁵ Diese Aufgabe ist zwar nicht in den Aufgaben und Rollenbeschreibungen explizit vorgesehen, ist aber in der Praxis die Hauptaufgabe der Delegationen, wenn man den Aussagen Swobodas folgt. Nachdem einem Parlament in der Theorie kaum Aufgaben in der Außenpolitik übertragen werden, bzw. das Parlament als Faktor in der Außenpolitik kaum in Erscheinung tritt, sind es die informellen Wege, auf welchen sich Parlamente, in diesem Fall das Europäische, bessere Beziehungen und Einflussmöglichkeiten erarbeitet. Dass diese Beziehungen in einen rechtlichen Rahmen, nämlich Partnerschafts- oder Assoziationsverträgen, eingebettet sind, ist für anderen Institutionen der Europäischen Union wichtiger als für das Europäische Parlament, da dieses wie oben beschrieben selbstständig Beziehungen zu einem Parlament in einem Staat außerhalb der Europäischen Union aufnehmen kann.

Die erste der zu überprüfenden Hypothesen, dass die Delegationen *außenpolitische Akteure* seien, da das Europäische Parlament sonst keine Rolle in der Außenpolitik spielen würde insofern bestätigt, als Parlamenten insgesamt kaum wahrnehmbare Akteure in der Außenpolitik sind. Teilweise ist dies ein Selbstverschulden,²⁰⁶ teilweise ist es die Konstruktion des politischen Systems, welche den Einfluss limitieren. Im Fall des Europäischen Parlamentes ist es das politische System, in welchem das Parlament, außer über den Umweg des Budgets, kaum Einfluss auf die Außenpolitik hat, da diese zum Großteil noch intergouvernemental behandelt wird. Die Anhörung des Hohen Repräsentanten im Rahmen der Bestellung der Kommission ist nur ein

²⁰⁵ Gahler Parlamentarische Demokratie, 340

²⁰⁶ Bierling Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 45

kleiner Teilbereich welcher beeinflusst werden kann, für eine stetige Überprüfung der policies reicht dies nicht aus.

Die Rolle als *Botschafter für Demokratie und Menschenrechte* erfüllen die Delegationen laut Beschreibung von MEP Swoboda zur Gänze. Bei der in dieser Arbeit betrachteten Delegation wurden die Themen in jedem Land und in jedem Treffen angesprochen. MEP Swoboda betonte im Interview, dass durch Input von NGOs Themen aufgegriffen würden, wie etwa die Gleichstellung der Frauen, und diese dann von der Delegation zur Sprache gebracht würden. Offizielle Reaktionen bzw. Antworten zu diesen Themen wurden in den Zeitungsartikeln nicht gefunden, MEP Swoboda zufolge ist dies ein Teil der selektiven Berichterstattung, welche in den untersuchten Ländern herrsche. Umso wichtiger seien hier die informellen Gespräche, welche aber eine black box bilden und dementsprechend nicht zu analysieren sind.

Bezüglich der Rolle als *Vorbereiter von Wirtschaftsverträgen* ist zu bemerken, dass diese Rolle von den Partnerstaaten stärker eingeschätzt wird als vom europäischen Parlament selbst. MEP Swoboda meinte hierzu, dass es das „Bohren dicker Bretter“ sei, welche Wirtschaftsverträge ermögliche, und dementsprechend ein Einfluss einer Delegation zwar vorhanden, aber nicht quantifizierbar sei. In den Protokollen der Treffen ist es meist das Partnerland, welche auf eine engere Wirtschafts- und Handelsbeziehung setzt, und dabei nicht nur auf den Abbau von Handelshindernissen und dem verstärkten Export von Gütern (meist Rohstoffen) setzt, sondern auch Wirtschafts- und Entwicklungshilfe mehr oder weniger offen einfordert. Hier ist die PKA Delegation zu Kasachstan herauszuheben. In dieser war aufgrund des Baues der Nabucco Pipeline ein verstärktes Bemühen des Europäischen Parlamentes erkennbar, gute Beziehungen herzustellen, wobei trotz allem noch kritische Fragen gestellt wurden.

Abseits der eingangs gestellten Fragen war die Erkenntnis erhellend, wie groß der Einfluss der Anciennität bei der Erstellung der Delegationen

ist. Offenbar gibt es eine Wertigkeit bei der Mitgliedschaft in Delegationen, wodurch einzelne Delegationen förmlich überrannt werden (und dementsprechend aufgestockt werden wie z.B. die Delegation zu den USA), andere jedoch als mehr oder weniger lästige Pflicht gesehen werden. Hier ist die Anciennität das Mittel, welches einem offensichtlich eine Mitgliedschaft verschafft.

Schwierigkeiten und Hindernisse welche bei der Bearbeitung dieses Themas auftraten waren zum einen der rasche Wandel des politischen Systems der Europäischen Union, zum anderen die Randständigkeit des gewählten Themas. Dadurch dass Parlamente im außenpolitischen Regelbetrieb kaum Zuständigkeiten aufweisen war es relativ schwierig, passende Literatur zu diesem Thema zu finden. Im Falle des Europäischen Parlamentes kommt noch hinzu, dass die GASP/ESVP intergouvernemental geregelt wurde, und erst mit dem Vertrag von Lissabon Einflussmöglichkeiten entstanden. Hier ist Heinrich Neisser, Eva Lichtenberger und Doris Dialer zu danken für die Erstellung des eingangs erwähnten Sammelbandes, der die Bearbeitung dieses Themas erleichtert hat. Auch die Wahl der untersuchten Delegation erwies sich als schwierig, da für die Medienberichte Recherchen im Internet sich als schwierig und frustrierend herausgestellt haben. Nichts desto trotz überwiegt die Überzeugung, dass die richtige Wahl betreffend der untersuchten Delegation getroffen wurde da sie alle Aspekte der Aufgaben der Parlamentarischen Delegationen abdeckte.

Diese Augen und Ohren tragen dem Parlament die Geschehnisse aus anderen Ländern zu, und würden es dem Parlament somit ermöglichen, einen besseren Überblick über die Lage zu bekommen.²⁰⁷

²⁰⁷ Gahler Parlamentarische Demokratie, 341

9 Literaturverzeichnis

Monographien

Andersen, Svein S. /Burns Tom: The European Union and the erosion of parliamentary democracy: a study of post-parliamentary governance. In Andersen /Eliassen 1996: The European Union: How Democratic is It? Ed. By Svein S. Andersen and Kjell A. Eliassen. London 1996 S. 227-251

Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München Wien 2001

Bagehot, Walter: The English Constitution. Edited by Paul Smith. Cambridge 2001

Beyme, Klaus von (1998) 'Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungshoheit', Internationale Politik 53(4): 21-30.

Beyme, Klaus von: Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999. 3. Auflage. Opladen 1999

Cohen, Joshua/Rogers, Joel (1994): "Solidarity, Democracy, Association", in: Streeck, Wolfgang (Hg.), *Staat und Verbände*, Opladen, S. 136–159.

Corbett, Richard/ Jacobs, Francis/ Shackleton, Michael: The European Parliament. John Harper 2005

Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Rohwolt 1995

Dinan, Desmond: Ever Closer Union. An Introduction to European Integration. Basingstoke 2010.

Duverger, Maurice: The Study of Politics. Translated by Robert Wagoner. Nelson. 1980

Eising, Rainer: Assoziative Demokratie in der Europäischen Union? In: Zimmer, Annette/ Weßels, Bernhard: *Verbände und Demokratie in Deutschland*. Opladen 2000

Gahler, Michael/ Gerrit F. Schlomach: Parlamentarische Diplomatie des Europäischen Parlamentes. In: Dialer, Doris/ Lichtenberger, Eva/Neisser, Heinrich (Hrsg.) *Das Europäische Parlament. Institution, Vision und Wirklichkeit*. Innsbruck 2010

Gläser Jochen/ Laudel Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden 2009

Grimm, Dieter: Die Verfassung und die Politik. Einsprüche in Störfällen. München 2001

Herranz, Anna: The Inter-parliamentary Delegations of the European Parliament: National and European Priorities at Work. In: María Esther Barbé Izuel, Anna Herranz Surrallés: The role of parliaments in european foreign policy. 2005 S. 77-105

Hopf, Christel: Qualitative Sozialforschung. Stuttgart 1993

Lijphart, Arend: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-six Countries. Yale Univ. Press. 1999

Marschall, Stefan: Parlamentarismus. Eine Einführung. Baden-Baden 2005

Maurer, Andreas/ Wessels, Wolfgang: Das europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza: Akteur, Areal oder Alibi? Baden Baden 2003

Mühlböck, Monika: (Re)presenting Europe. Rahmenbedingungen und Strategien der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Diplomarbeit Wien 2007

Neisser, Heinrich: Das politische System der EG. Wien 1993

Neisser, Heinrich/Verschraegen, Bea: Die Europäische Union. Anspruch und Wirklichkeit; (mit Vertrag von Nizza). Wien 2001.

Nickel, Dietmar: Die Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit Parlamenten außerhalb der Europäischen Union – Rolle und Funktion der interparlamentarischen Delegationen. S. 431 – 439. In: Busek, Erhard/Hummer Waldemar (Hrsg.): Etappen auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung. Teil I: Struktur eines künftigen Europa. Teil II: Die parlamentarische Komponente im zukünftigen Europa. Verlag. Wien, Köln, Weimar 2004

Patzelt, Werner: Vergleichende Parlamentarismusforschung als Schlüssel zum Systemvergleich. Vorschläge zu einer Theorie- und Forschungsdebatte, in: Steffani, Winfried / Thaysen, Hrsg.: Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente, = Zeitschrift für Parlamentsfragen, Sonderband zum 25jährigen Bestehen, Opladen 1995, S. 355-385.

Putnam, Robert D.: "Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games,"
International Organization, vol.
41, no. 3 (Summer, 1988), S. 427-460 1988

Rousseau, Jean-Jacques: Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des
Staatsrechts. In verbesserter Übersetzung von H. Denhart. Hrsg. Von Heinrich
Weinstock. Reclam Stuttgart 1971

Schüttemeyer, Suzanne: Repräsentation, in: Dieter Nohlen u.a. (Hrsg.), Lexikon der
Politik, Band 1: Politische Theorien, München 1995, S. 543-552

Shugart, Matthew/Carey John M.: Presidents and Assemblies. Constitutional Design and
Electoral Dynamics. Cambridge 1992

Steffani, Winfried, 1989: Formen, Verfahren und Wirkungen der parlamentarischen
Kontrolle, in: Schneider, Hans-Peter/Zeh, Wolfgang (hrsg.) Parlamentsrecht und
Parlamentspraxis. Ein Handbuch, Berlin/New York (de Gruyter), S. 1325-1367

Steffani, Winfried: Semi-Präsidentialismus: Ein eigener Systemtyp? Zur Unterscheidung
von Legislative und Parlament, in: Zeitschriften für Parlamentsfragen 26, 621-640. 1995

Taagepera, Rein: The size of national assemblies. in: Social Science Research, 1(4), S.
385-401. 1972

Taagepera, Rein/Reccia, Steven: The size of second chambers and European
assemblies, in: European Journal of Political Research
Volume 41, Issue 2, S.165–185, 2002

Wasser, Hartmut: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse
und Dokumentation. Stuttgart 1974

Weidenfeld, Werner: Die Europäische Union. Paderborn 2010

Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden 2008

Zeitungsartikel

Papier, Hans Jürgen: Reform an Haupt und Gliedern. Eine Rede gegen die Selbstentmachtung des Parlamentes. In: FAZ vom 31.01.2003 S.8

Onlinequellen

Seiten der Europäischen Union

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE&id=53&pageRank=5> Letzter Aufruf 03.04.2011

<http://www.europarl.europa.eu/activities/delegations/home.do?language=EN> Letzter Aufruf 03.04.2011

http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Vertragsartikel/Pdf/Art_36_EUV.pdf Letzter Aufruf 03.04.2011

http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de//FTU_6.4.4.pdf Letzter Aufruf 28.03.2011

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201008/20100805ATT79794/20100805ATT79794EN.pdf> Letzter Aufruf 28.03.2011

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do;jsessionid=BA680AEF5A8402BB1F05EA3CE0768841.node1?id=146&language=de> Letzter Aufruf 20.03.2011

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?id=45&pageRank=3&language=DE> Letzter Aufruf 20.03.2011

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?id=46&pageRank=5&language=DE> Letzter Aufruf 20.03.2011

<http://www.europarl.europa.eu/activities/delegations/homeDel.do?body=D-BY&language=EN> Letzter Aufruf 20.03.2011

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cr/598/598173/598173de.pdf Letzter Aufruf 20.03.2011

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113409.pdf Letzter Aufruf 18.03.2011

<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=426&lang=de> Letzter Aufruf
18.03.2011

http://europa.eu/institutions/inst/justice/index_de.htm Letzter Aufruf 12.03.2011

http://europa.eu/legislation_summaries/development/african_caribbean_pacific_states/r12101_de.htm Letzter Aufruf 12.03.2011

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm Letzter Aufruf 12.03.2011

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14015_de.htm Letzter Aufruf 12.03.2011

Reporter ohne Grenzen:

[http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews\[tt_news\]=1065&tx_ttnews\[backPid\]=59#1065](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews[tt_news]=1065&tx_ttnews[backPid]=59#1065)
letzter Aufruf 22.04.2011

The UB Post:

http://ubpost.mongolnews.mn/index.php?option=com_content&task=view&id=663&Itemid=37 Letzter Aufruf 15.02.2011

Kazinform.kz:

<http://www.inform.kz/eng/article/2012168> Letzter Aufruf 10.02.2011

<http://www.inform.kz/eng/article/2136591> Letzter Aufruf 10.02.2011

Eurasia.net:

<http://www.eurasianet.org/node/62281> Letzter Aufruf 15.03.2011

Turkmensitanonfo.ru

http://www.turkmenistaninfo.ru/?page_id=6&type=article&elem_id=page_6/magazine_114/1005&lang_id=en Letzter Aufruf 17.03.2011

Usbekistan Today:

http://www.ut.uz/eng/world/uzbekistan_eu_perspectives_of_cooperation.mgr Letzter Aufruf 12.04.2011

http://www.ut.uz/eng/world/mep_comments_on_european_parliaments_visit.mgr Letzter Aufruf 12.04.2011

Website der Regierung Usbekistans <http://www.gov.uz/en/press/politics/6933> Letzter Aufruf 12.04.2011

Kirgisische Nachrichtenagentur 24.kg

<http://eng.24.kg/politic/2008/10/27/6378.html> Letzter Aufruf 14.04.2011

<http://eng.24.kg/politic/2008/10/30/6396.html> Letzter Aufruf 14.04.2011

<http://eng.24.kg/politic/2008/10/30/6400.html> Letzter Aufruf 13.04.2011

<http://eng.24.kg/politic/2008/10/31/6403.html> Letzter Aufruf 12.04.2011

Website der Regierung Tadschikistan

http://parlament.tj/en/index.php?option=com_content&task=view&id=15&Itemid=15
Letzter Aufruf 17.04.2011

Präsenz des österreichischen Parlamentes:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/II/I_00856/fnameorig_139731.html

Letzter Aufruf 22.04.2011

tagesspiegel.de

<http://www.tagesspiegel.de/zeitung/europas-parlament-fehlt-souveraenitaet/69250.html>
Letzter Aufruf 11.04.2011

Stiftung Wissenschaft und Politik

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Vertrag_Lissabon_Kurzkommentar_3rd_edition_090421_KS.pdf Letzter Aufruf 12.03.2011

CIA Factbook <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tx.html>
Letzter Aufruf 17.04.2011

The Economist Democracy Index
http://www.economist.com/media/pdf/DEMOCRACY_INDEX_2007_v3.pdf Letzter Aufruf
18.04.2011

aussenpolitik.net
http://aussenpolitik.net/midcom-serveattachmentguid-1de75f5c152ac1c75f511deb182e7ba50b6a239a239/zfas-1-2008_fischer.pdf Letzter
Aufruf 18.04.2011

Euronews.net:
<http://de.euronews.net/2009/07/14/jerzy-buzek-neuer-ep-praesident/> Letzter Aufruf
29.04.2011

Webpräsenz Hurriyet:

<http://www.hurriyetaidailynews.com/n.php?n=first-private-newspaper-published-in-turkmenistan-2010-09-21> Letzter Aufruf 29.04.2011

The Translators Café. A blog attempting to set new standards in journalism.

<http://thetranslatorscafe.wordpress.com/2008/07/13/russia-to-cyrillicize-the-internet/>
Letzter Aufruf 29.04.2011

10 Abstract

This paper takes a look at the interparliamentary delegations of the European Union. First, the theoretical boundaries of parliaments are discussed, followed by close look at the legal and the selfimposed rules of the delegations. Second, using protocols of delegation meetings of the DCAS Delegation, the delegation to Central Asia and Mongolia are discussed, as well as articles in the media these states. Thirdly, an interview with MEP Swoboda is used as a reality check to be able to find distinctions between the legal and informal implications of the delegations.

Abstrakt

Diese Arbeit betrachtet die interparlamentarischen Delegationen des Europäischen Parlamentes. Zuerst werden im theoretischen Kapitel die theoretischen Grenzen der Parlamente abgesteckt, gefolgt von einer Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen der Delegationen. Im nächsten Abschnitt werden anhand der Protokolle der DCAS Delegation die Aufgaben und Einflüsse einer interparlamentarischen Delegation analysiert sowie deren Resonanz in den Medien der besuchten Staaten. Im Anschluss daran wird das Interview mit MEP Swoboda dazu verwendet, die Theorie und Praxis der Delegationen gegenüber zu stellen.

11 LEBENS LAUF

PERSÖNLICHE DATEN

Name / Vorname(n) **Fellner Gerhard** Robert Wolfgang Heinrich

Familienstand: ledig

Adresse: Trappelgasse 9/16

1040 Wien

Geburtsdatum: 12.03. 1984

Geburtsort: Bruck an der Mur

Staatsbürgerschaft: Österreich

AUSBILDUNG

a) Schule

Volksschule Deutschfeistritz 09/90 – 07/94

BG GIBS Graz 09/94 – 07/02

Universität Wien 10/03 – 06/11

b) Sprachkenntnisse

Englisch Exzellent

Französisch Sehr gut

Spanisch Grundkenntnisse

c) SONSTIGE QUALIFIKATIONEN

Jagdschein

Segelschein A

Führerschein Klasse A, B

Mitglied des Lacrosse Nationalteams WM Manchester 2010

Österr. Lacrosse Meister 2009/ Vize-Meister 08 10